

2016

Alina Marotta und Jakob Saumer

Seminarkurs K1 2015/2016 des Bismarck-,
Goethe- und Helmholtz-Gymnasiums Karlsruhe
Kursleiter: Frau Bodemann, Herr Hiss und Herr
Markowitsch

**[EIN TANZ AUF MESSERS SCHNEIDE-
KOMMUNISTISCHE TÄTIGKEITEN VOM
ENDE DER WEIMARER REPUBLIK BIS IN
DIE FRÜHE BUNDESREPUBLIK ANHAND
AUSGEWÄHLTER KARLSRUHER BEISPIELE]**

Inhalt

Zielsetzung	3
Aspekte.....	4
Situation vor der Machtübernahme anhand der Billetaffäre	4
Folgen der Machtübernahme und der erlassenen Gesetze.....	8
Allgemeine Arbeit der KPD in der Illegalität.....	9
Am Beispiel Willi Stauch	13
Am Beispiel Wilhelm Käser und Josef Düringer	15
Gustav Ritz und die illegale Gruppierung in Linkenheim	17
Die Tätigkeiten von Friedrich Dietz vor und nach 1945	20
Flugblatt „Schluss mit dem Terror“	22
Fazit und Ausblick.....	24
Quellenverzeichnis.....	26
Literaturverzeichnis.....	27
Anhang	28

Zielsetzung

„Doch auch fünfzig Jahre Frieden sind keine Garantie“¹. Mit diesen Worten endet der dritte Teil der Autobiographie der Jüdin Edith Dietz, der Ehefrau von Friedrich Dietz. Durch diese Worte wird die Notwendigkeit verdeutlicht, Werte wie Toleranz, Demokratie und Frieden dauerhaft zu erhalten. Um ebendiese Werte vertraten im Dritten Reich besonders politisch anders Gesinnte, deren Ansichten nicht mit der nationalsozialistischen Ideologie übereinstimmten. Bezeichnungen wie „Hitlerdiktatur“² und „Terror der braunen Barbaren“³ charakterisieren eher die realistische Lebenssituation in Deutschland von 1933 bis 1945 für all jene, die nicht den Vorstellungen des Regimes entsprachen. Diese Dokumentation soll als eine Art Mahnmal dienen, mit dessen Hilfe ein Leben in der Diktatur unter Terror veranschaulicht werden soll. Im besten Fall besitzt diese Arbeit einen aufklärenden Charakter, der Menschen mit Tendenzen zu extremistischen Gruppierungen, beispielsweise Angehörigen der in Karlsruhe recht aktiven Pegidabewegung, die Notwendigkeit veranschaulicht, Werte wie gesetzliche Gleichheit, Toleranz und Meinungsfreiheit zu erhalten.

Während Ereignisse oder Personen des Widerstandes wie der 20. Juli, Dietrich Bonhoeffer oder die Weiße Rose den meisten Menschen ein Begriff sind, liegt häufig die Geschichte, die sich vor der eigenen Haustüre ereignete, im Dunklen. Diese Tatsache wurde uns während unserer Recherche sehr deutlich. Gleichzeitig stellten wir jedoch auch fest, das Sich- Erinnern leichter fällt, wenn die Konfrontation durch die Umgebung gegeben ist: In Quellen auf bekannte Orte, Straßennamen oder Gebäude zu stoßen, lässt einen aufmerken und diese aus einer anderen Sicht betrachten. Eine Bahnfahrt durch die Kaiserstraße erinnert nunmehr an die Billetaffäre, eine Konfrontation zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten 1931 mit tödlichen Folgen, der Hauptbahnhof ist nicht länger ein einfacher Bahnhof, sondern ein Ort, an dem jüdische Bewohner abtransportiert wurden. Auch „normale“ Wohnhäuser haben eine Vergangenheit: In dem Haus Nummer 55 in der Scheffelstraße führte der Druck des Systems dazu, dass Nachbarn einander an die Gestapo verrieten⁴.

Wir hoffen, dass auch Leser dieser Seminararbeit einen Blick dafür erhalten, dass Karlsruhe im Nationalsozialismus eine vielfältige Stadt ist und nicht Besuche in ferne Städte oder Museen notwendig sind, um von der Gegenwart auf Geschichte zu betrachten.

Unser Fokus liegt in dieser Arbeit auf den illegalen Tätigkeiten des regionalen Widerstands der Kommunisten, der natürlich beeinflusst war von Zielen der Komintern und anderen kommunistischen Organisationen. Dabei treten exemplarisch verschiedene Persönlichkeiten in den Vordergrund: Friedrich Dietz als lokal bekannter Funktionär, an dessen Beispiel wir den Kommunismus auch vor

¹ Dietz, Edith, Der Kreis schließt sich. Jahrzehnte des Friedens sind keine Garantie, Frankfurt am Main 1997, ergänzte Auflage 2006, S.127.

² Nach GLA O 1124, Flugblatt „SA-Mann! NSBO-Arbeiter!“.

³ Nach GLA O 1129, Flugblatt „Schluss mit dem Terror“.

⁴ Vgl. GLA 270/694 S.2 f..

1933 und nach 1945 darstellen, die zur Verhaftung führenden Tätigkeiten von Willi Stauch, Wilhelm Käser und Josef Düringer veranschaulichen die Verteilung illegaler Druckschriften und Gustav Ritz dient mit seinen Genossen als Beispiel für die illegale Herstellung von Druckschriften.

Zudem sollen an diesen Beispielen und ausgewählten Dokumenten auch allgemeine Strukturen der Arbeit der in die Illegalität gedrängten Kommunisten aufgezeigt werden. Diese Arbeit versteht sich als ein weiterer Beitrag zu dem allgemeine Geschichte durch lokalen Bezug zu Karlsruhe besser zu veranschaulichen.

Aspekte

Situation vor der Machtübernahme anhand der Billet- Affäre

Schon vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten waren die Kommunisten in Karlsruhe die größten Gegner des NS-Regimes. Am Ende der Weimarer Republik gehörten Angriffe und Überfälle mit Verletzten und Toten zu den provozierenden Kampfmethoden der Nationalsozialisten und führten mit den zugehörigen Antworten seitens linker Gruppen zu einer zunehmenden politischen Radikalisierung. Dabei nutzten beide Seiten solche Zusammenstöße, um sie propagandistisch auszuschlachten.

Ein prägnantes Beispiel aus Karlsruhe bot am 25.05.1931 der Tod des SA-Mannes Paul Billet aus Lahr bei einem propagandistischen Umzug von SS- und SA-Mannschaften durch Karlsruhe unter nicht gänzlich geklärten Umständen.⁵ Die NSDAP hatte in Karlsruhe und Umgebung, ebenso in der Tageszeitung „Der Führer“, zu einer großen Bauernkundgebung am Pfingstmontag nach Karlsruhe in die Festhalle aufgerufen, welche von etwa 1300 Personen besucht wurde. Anschließend fand ein angekündigter Aufmarsch der SA und SS sowie der Hitler-Jugend mit 1800 bis 2000 Teilnehmern statt. Dabei sollen keinerlei Zwischenfälle vorgekommen oder Hinweise auf einen bevorstehenden Überfall aufgetaucht sein. Das Auftreten der SA Motorradstaffel, bei der Paul Billet mit fuhr, war jedoch bei der Polizeidirektion nicht angemeldet und somit auch nicht überwacht, eine Tatsache, die viele Zeugen später anklagten.⁶ Laut Presse, darunter ein Augenzeugenbericht in „Der Volksfreund“ vom 27.5.1931 von Jakob Ring⁷, und Polizeibericht sollen an der Kaiserstraße Ecke Adlerstraße dort aufmarschierte Kommunisten lautstark politisiert, mit Geschrei und Gejohle, darunter „Rotfront“ und „Heil Moskau“ Rufe, die Motorradfahrergruppe bedroht haben und mit Stöcken bewaffnet auf sie los gegangen sein. So heißt es im „Volksfreund“, dass mit Ausnahme der Kaiserstraße, an der immer

⁵ Vgl. Schmitt, Heinz, Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715-1945, Band 7, 2. Auflage, Karlsruhe Stadtarchiv 1989. S.654 f. sowie Vgl. Stadt Karlsruhe Stadtarchiv, Karlsruhe. Die Stadtgeschichte, Karlsruhe 1998. S.431.

⁶ Vgl. GLA 243/1351 S.1 f..

⁷ Vgl. GLA 243/1350 S.175 und S.179 Zeugenaussage aus dem Volksfreund.

„etwas los“ sei, den Aufmärschen kaum Besucher zusahen. Dort sollen sie mit „Heilrufen“ hauptsächlich von grölenden Frauen empfangen worden sein, welche wiederum von Kommunisten erwidert wurden- „eine ganz natürliche Sache“⁸. Entgegen dieser Aussage wird im Polizeibericht behauptet, dass „ein Angriff seitens der Nationalsozialisten [...] nicht im Geringsten provoziert worden [war] und nur erfolgte aus Hass gegen den politischen Gegner“⁹. Danach scheint die Situation eskaliert zu sein, was von verschiedenen Zeugen unterschiedlich beschrieben wurde. Ein Grund für diese außerordentlich gereizte Stimmung zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten könnte eine Schlägerei mit Sachschaden wenige Tage zuvor am 11.05.1931, gewesen sein¹⁰. Die Polizei gelangte zu der Ansicht, dass die zuschauenden Kommunisten, die sich bewusst verabredet haben sollen, von beiden Seiten auf die Fahrbahn gedrängten und somit eine schmale Gasse bildeten. Nachdem sie beschimpft und bespuckt worden waren, soll auf die letzten vier Fahrer auch mit Fäusten und Stöcken eingeschlagen worden sein.¹¹ Das Schlusslicht der Gruppe, der 26-jährige Paul Billet, soll dabei, nachdem die Gasse abgeriegelt wurde, von seinem Motorrad gezogen oder geschlagen worden und unter die Maschine geraten sein. Seinen Verletzungen erlag er am selben Abend im Krankenhaus. Tatsächlich stellte die Gerichtsmedizin einen Schädelbruch fest¹². Am 01. Juni wurden nach den Angaben von Zeugen zunächst wegen Körperverletzung mit Todesfolge Albert Haas, Theodor Schmalbach und Karl Adolf Linder¹³ angeklagt, am 11. und 12. Juni zusätzlich Georg Eckstein und Friedrich Dietz^{14 15}. Jedoch unterscheiden sich die Zeugenaussagen von insgesamt mehr als 35 aufgeführten Zeugen¹⁶ mit vielen zusätzlichen anonymen Angaben in Presse und Polizeiakten teilweise massiv. Dabei variieren sowohl scheinbar kleine Details, wie zum Beispiel, ob Paul Billet stand und in seiner Gruppe zurückblieb oder ob er noch fuhr, als auf ihn eingeschlagen wurde, aber auch wichtige Umstände: Beispielsweise nennen unter anderem die Zeugen Fritz Habisrittinger und Max Nagel, dass der Steinhauer Theodor Schmalbach zumindest in nächster Nähe zum Tatort stand, dieser bestätigte jedoch von Anna Hurst sein Alibi, sich zur Tatzeit weiter entfernt befunden zu haben.¹⁷ Insgesamt erwecken in einigen Zeugenaussagen den Eindruck, als hätten Mitglieder der NSDAP bevorzugt Mitglieder linker Gruppen oder Gewerkschaften verdächtigt, für den Sturz verantwortlich zu sein. Ein weiteres Beispiel für die gegenseitige Ablehnung der beiden Parteien.¹⁸

⁸ Nach ebenda.

⁹ Nach GLA 243/1352 S.8.

¹⁰ Vgl. Schmitt, Heinz, Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715-1945. S. 654 f. sowie Karlsruher Tagblatt vom 27.5.1931.

¹¹ Vgl. GLA 243/1351 S.8 f. Polizeibericht und Zusammenfassung.

¹² Vgl. GLA 243/1350, S.95, Bericht der Gerichtsmedizin über Paul Billet.

¹³ Vgl. ebenda S.217 Anklage.

¹⁴ Vgl. ebenda S.295 und S.281 f..

¹⁵ Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 26., 27. und 28.5.1931 sowie vgl. Karlsruher Zeitung vom 26.5.1931 sowie vgl. Stadtarchiv Karlsruhe 8/STS 13/1123.

¹⁶ Vgl. GLA 243/1352 S.4 f..

¹⁷ Vgl. Ebd. S.1 bis 16.

¹⁸ Vgl. Ebd. S.1 bis 16.

Beispielhaft soll im Folgenden die Anklage von Friedrich Dietz näher beleuchtet werden. Für diese kam er vom 27. Juli 1931 bis zum 9. September 1931 in Untersuchungshaft in Karlsruhe. In einer Abschrift der Verteidigung gegen die Anklage sagte er aus, dass auf der nördlichen Seite der Kaiserstraße eine Schlägerei stattgefunden hätte, bei der Stöcke im Einsatz gewesen wären, er sich jedoch auf der südlichen Seite Richtung Durlacher Tor zusammen mit Franz Lau, Hans Grimm und Koch während des Vorkommnisses befunden hätte. Weiter bestreitet er „als Funktionär der Antifa ein bewusstes Zusammenwirken oder gemeinschaftlich verabredeten Überfall“ und hält angesichts seiner Mitteilung auf Versammlungen, dass „derartige Einzelterrorakte mit [dem] politischen Prestige und [ihrer] Taktik“ nicht vereinbar seien, seine Verhaftung für „paradox“¹⁹. Zudem bestreitet er die Zeugenaussagen von Max Nagel und Alfred Weiß: Er beharrt darauf, auf der südlichen Seite zum Zeitpunkt der Schlägerei gewesen zu sein, wodurch es unmöglich sei, dass er an dem „Motorradfahrer herumzog oder herumschlug[...]“²⁰, wie ihm vorgeworfen wird. Zusätzlich benennt er, dass er nicht, wie Nagel behauptet, bei Linder, Schmalbach und Eckstein gestanden habe.²¹ Jedoch leugnete er bei seiner ersten Befragung am Tatort gewesen zu sein, und gibt vor, die schwarze Baskenmütze, mit welcher Lotte Fischer, Max Nagel und Alfred Weiß ihn beschrieben, nicht getragen zu haben. Dadurch erschienen den ermittelnden Beamten die Aussagen der Zeugen wahrheitsgemäßer als die von Dietz.²² In Briefen und Aussagen wirft er zudem der Untersuchungsbehörde vor, ihn ungerecht zu behandeln, weil er Kommunist sei, und kündigt an, dass diese ihre gerechte Strafe noch erhalten würden.²³ Diese Worte dürften sein Ansehen aus der Sicht der Beamten weiter verschlechtert haben. Letztlich wird Dietz aus Mangel an Beweisen frei gesprochen, weil er „bei dem Tumult selbst nicht gesehen wurde“²⁴. „Die Angeklagten Albert Haas aus Karlsruhe/ Adolf Linder aus Hagsfeld/ Georg Eckstein aus Ichenhausen/ Theodor Schmalbach aus Balg w[u]rden wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode begangen in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch, Verbrechen nach §§ 223,223 a, 226, 125 Abs. 1 und 2, 47, 73, 228. 32 R.ST.G.B. verurteilt: Haas zur Zuchthausstrafe von 4 Jahren [...]/ Linder zur Gefängnisstrafe von 3 Jahren 6 Monaten [...]/ Eckstein und Schmalbach zu Gefängnisstrafen von je 2 Jahren“²⁵. Wie spätere polizeiliche Untersuchungen ergaben, hat eine Zuschauerin einen Knüppel zwischen die Reifen von Billets Motorrad geworfen, sodass dieser tödlich verunglückte.²⁶ Dietz selbst nennt als Folge dieses

¹⁹ Stadtarchiv Karlsruhe 8/STS 13/1123.

²⁰ Nach GLA 243/1351 S.345.

²¹ Vgl. ebenda S.435 f., Schreiben von Dietz an den Staatsanwalt.

²² Vgl. GLA 243/1352 S.12.

²³ Vgl. GLA 243/1351 S.361, Brief an seine Verlobte, sowie S.405, weiterer Brief an seine Verlobte.

²⁴ Nach GLA 243/1352 Erläuterung Urteil.

²⁵ Nach GLA 243/1352 S.304, Urteil.

²⁶ Vgl. Stadt Karlsruhe Stadtarchiv, Karlsruhe. Die Stadtgeschichte, Karlsruhe 1998. S. 431 sowie Stadtjugendausschuss e.V. Karlsruhe, Nie wieder! Eine alternative Stadtrundfahrt auf den Spuren des dritten Reiches, Karlsruhe 1984. S.137.

„Unglücksfalls“²⁷, wie er es bezeichnet, dass er nun zu den von den Nazis gehassten Männern gehöre.²⁸

Nach der Machtübernahme traf die „Wucht der nationalsozialistischen Tyrannei [...] zuallererst die politischen Exponenten der Arbeiterbewegung: Die führenden Mitglieder von SPD und KPD wurden im März 1933 in Schutzhaft genommen, ihre Presse zerschlagen und die beiden Parteien schließlich im Juni 1933 ganz verboten.“²⁹ Währenddessen wurde Paul Billet zunehmend als Märtyrer und „Blutzeuge“ der Bewegung gefeiert. Bereits bei einer Trauerfeier der NSDAP am Mittwoch, den 03.06.1931 waren 3000 Zuschauer anwesend. Dabei etablierte sich auch der Gedächtnisspruch „Sie konnten deinen Leib, doch deinen Geist nicht töten!“. Weiterhin wurde er als für die Freiheit Deutschlands ehrenhaft Gestorbener dargestellt und bewundert.³⁰ Geschwächt wird dieses Bild jedoch allein angesichts der Zeugenaussage von Heinrich Wagner. Demnach sei Billet verängstigt gewesen und soll aus Angst nochmals kurz vor dem Sturz Gas gegeben haben, weshalb er noch vier bis fünf Meter vom Motorrad mitgeschleift worden sei.³¹ In einer Stadtratssitzung vom 22.05.1933 wurde zudem beschlossen, den Platz vor der kleinen Kirche in den „Paul-Billet-Platz“ umzubenennen. Zudem erhielten reichsweit zahlreiche Straßen seinen Namen. Letztlich wurde am 23.11.1935 für ihn am Tatort ein Denkmal mit der Inschrift „SA-Mann Paul Billet [am] 25.Mai 1931 an dieser Stelle von Kommunisten erschlagen“ errichtet und eingeweiht sowie für sechs weitere „Blutopfer“ in Baden. Künstler dieser Mahnmale war der Architekt Hermann Alker. In seiner Rede erinnerte Gauleiter Robert Wagner sowohl an die Opfertaten Billets und stilisierte ihn als Helden, als auch an die „abscheulichen Verbrechen [und] daran, dass die Welt des Marxismus für alle Zeiten ausgerottet bleiben muss“^{32 33}.

²⁷ Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe 8/STS 13/1123.

²⁸ Vgl. GLA 480/116,1 S.14a, Lebenslauf.

²⁹ Nach Stadtarchiv Mannheim, Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933-1940, Band 3, Stuttgart 1979. Bearbeitet von Jörg Schadt. S.46.

³⁰ Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 5.6.1931 sowie Schmitt, Heinz, Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715-1945. S.654 f..

³¹ Vgl. GLA 243/1350 S.6.

³² Badische Presse vom 25.11.1935.

³³ Vgl. Schmitt, Heinz, Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715-1945. S.654 f..

Folgen der Machtübernahme der NSDAP und der erlassenen Gesetze

Der 30. Januar 1933, der Tag, an dem der Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler als Vorsitzenden der NSDAP zum Reichskanzler ernannt, markiert für die Nationalsozialisten den Beginn des Dritten Reichs. Hitler wiederum forderte am 1. Februar die Auflösung des Reichstags mit vorgezogenen Neuwahlen am 5. März. Per Notverordnung wurde am 4. Februar die Versammlungs- und Pressefreiheit bereits erheblich eingeschränkt und durch die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“, die sogenannte Reichstagsbrandverordnung, wurden am 28. Februar wesentliche Grundrechte außer Kraft gesetzt. Somit wurde der gesetzliche Rahmen zur Verfolgung politischer Gegner festgelegt.

Neben bekannteren Persönlichkeiten wie Gustav Kappler oder Ludwig Marum wurde auch Friedrich Dietz unmittelbar nach der Machtübernahme bei einer Wahlveranstaltung bei Rastatt verhaftet und am 1. März 1933 in Schutzhaft genommen. Am 29. Mai wurde er in das Konzentrationslager Heuberg überführt.³⁴ Bekannt war Dietz für seine Tätigkeiten in den Erwerbslosenausschüssen. So scheint er auch bei Veranstaltungen des Erwerbslosen-Ausschusses Groß-Karlsruhe am 4. Oktober 1932 und am 29. Oktober 1932 in Daxlanden zusammen mit Gustav Kappler sowie am 7. und 8. Oktober 1932 im Raum Karlsruhe als Redner aufgetreten zu sein.³⁵ Erstmals politisch in Erscheinung getreten ist er am 19. April 1931 beim „Volkskongress gegen Faschismus“ in Mannheim, veranstaltet von der KPD, und bei einer Versammlung der „Antifa“ am 23. April 1931, wo er als Referent auftrat.³⁶

Des Weiteren wurde am 26. Mai das „Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens“ beschlossen, welches dazu diente „kommunistischen Bestrebungen dienendes Vermögen einer staatsfeindlichen Verwendung für die Dauer zu entziehen“³⁷. Letztlich bestimmte am 14. Juli das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als einzige politische Partei Deutschlands und dass, „wer es unternimmt, den organisatorischen Zusammenhalt einer anderen politischen Partei aufrechtzuerhalten oder eine neue politische Partei zu bilden [...] mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu drei Jahren bestraft“³⁸ wird.

Trotz dieser erheblichen Einschränkungen, der damit notwendig gewordenen Untergrundtätigkeit und der Tatsache, dass die KPD aufgrund polizeilicher Überwachung und gerichtlicher Verfolgung in der Weimarer Republik leichter angreifbar war, bemühten sich oppositionelle Gruppierungen darum,

³⁴ Vgl. GLA 480/116,1.

³⁵ Vgl. GLA 357/23774 S.397, S.501, S.551, S.559.

³⁶ Vgl. GLA 243/1350 S.393, Anklage gegen Dietz im Fall Paul Billet.

³⁷ Nach Reichsministerium des Innern, Reichsgesetzblatt. Teil 1, Nummer 55. Berlin 27.5.1933.

³⁸ Nach Reichsministerium des Innern, Reichsgesetzblatt. Teil 1, Nummer 81. Berlin 15.7.1933.

den Zusammenhalt im Geheimen aufrechtzuerhalten und Widerstand zu leisten. Dabei konnte sich die KPD im Vergleich zur SPD aufgrund ihrer Verbotserfahrungen in der Weimarer Republik im Bezug auf die Organisation im Untergrund rascher anpassen.³⁹

Zur Arbeit der KPD in der Illegalität

Die Kommunistische Internationale, von der auch die Leitung der KPD in Karlsruhe abhängig war, verfolgte die Generallinie, dass kein grundsätzlicher Unterschied zwischen Weimarer Republik und Hitlers Regierung bestehe, da beide faschistisch seien. Mit dieser Einstellung wurde ebenso die Hitlerbewegung unterschätzt, weil die Sozialdemokratie weiterhin als Hauptfeind angesehen wurde. Zwar beschloss die „Antifaschistische Aktion“ im Mai 1932, dass die KPD nun in erster Linie die NSDAP bekämpfen solle. Diese Entscheidung wurde jedoch durch die Komintern revidiert. In vielen Regionen verhinderte diese Einstellung eine Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Illegalität, wodurch widerständische Aktionen gegen das NS-Regime erfolgreicher hätten sein können. Rasch nach der Machtübernahme, bereits im März 1933, wurde eine illegale kommunistische Partei wieder aufgebaut⁴⁰. Auch in der Illegalität vertrat die KPD die Ansicht, weiterhin beeinflusst durch die Komintern, die Organisation zentral gliedern zu müssen, was wiederum Aktionen vor Ort erschwerte: So gelang es meist nur dann erfolgreich Aktivitäten auszuführen, wenn die Leitung über einen verhältnismäßig langen Zeitraum von den gleichen Personen übernommen werden konnte. Verhaftungen hochrangiger Mitglieder führten mit dazu, dass die ganze Partei teilweise für Wochen lahmgelegt wurde. Trotzdem konnte eine zentrale Organisation bis 1935 aufrecht erhalten werden, von da an waren aktive Gruppen kommunistischer Widerstandskämpfer auf sich selbst gestellt.⁴¹

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten der Kommunistischen Partei im Untergrund lag bei der Verbreitung illegaler Druckschriften zum Informationsaustausch, zur Propaganda und Aufklärung der Bevölkerung und der Solidaritätsbekundung und Unterstützung der Opfer der Verfolgung⁴². Dazu wurde auch die Kassierung von Mitgliedsbeiträgen weiter betrieben.⁴³ Als Beispiele für kommunistische Druckschriften dienen die Zeitschriften „Trotz Alledem Rote Fahne“, auch „Trotz Alledem: Rote Fahne“, erschienen in Karlsruhe, oder die „Rote Fahne“ und die „Rote Hilfe Deutschlands“, welche

³⁹ Vgl. Stadt Karlsruhe Stadtarchiv, Karlsruhe. Die Stadtgeschichte. S. 503 f. sowie Stadtarchiv Mannheim, Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. S.46.

⁴⁰ Vgl. Stadt Karlsruhe Stadtarchiv, Karlsruhe. Die Stadtgeschichte. S. 504.

⁴¹ Vgl. Erich, Matthias, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984. S.247 f. und S.280.

⁴² Vgl. Stadtjugendausschuss e.V. Karlsruhe, URL: http://www.ns-in-ka.de/uploads/media/widerstand_in_karlsruhe_kpd.pdf, 19.05.2016

⁴³ Vgl. Erich, Matthias, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. S.281.

ebenso im Untergrund reorganisiert wurden und als Brücke zwischen den Arbeiterparteien fungierte⁴⁴.

Die Struktur der illegalen Organisation basierte zum einen auf geringem Kontakt der Widerständler untereinander, um Folgeverhaftungen zu umgehen, und der Konzentration meist in Dreiergruppen, in denen nur eine Person über Kontakt zu anderen Gruppen verfügte. Keiner sollte den gesamten Überblick über die gesamte Organisation besitzen, damit nicht das komplette Netz auffliegen konnte. Dadurch ist es sehr schwierig, die gesamte Organisationsstruktur zu rekonstruieren, weshalb dies im Folgenden häufig mehr rudimentär veranschaulicht wird.⁴⁵

Zumindest bis Mitte 1936 bestand in Karlsruhe ein funktionierendes Kommunikationsnetz der KPD. Zentrale Personen hierfür waren Josef Eckl, Friedrich Dietz, Rudolf Ritter und Adolf Betz in Durlach.⁴⁶ Mittelsmänner, wie der ehemalige Stadtverordneter Gustav Kappler⁴⁷, waren, angeleitet von Instruktoren und Kurieren der Bezirksleitung in Mannheim, für die Beschaffung und Vermittlung kommunistischer Schriften zuständig. So wurde die Grenzstelle in Straßburg von dem ehemaligen Landtagsabgeordneten Robert Klausmann betreut⁴⁸. Weiterhin wurden beispielsweise viele im Ausland hergestellte Schriften aus dem Elsass und der Pfalz in nächtlichen Botengängen unter die Albrücke transportiert, dort im Holzgebälk versteckt, und von dort weiter verteilt. In jedem Stadtteil sorgte wiederum eine bestimmte Person für die Verteilung der erhaltenen Druckschriften. August Dosenbach beispielsweise war am Grenzgang Knielingen-Maxau stationiert und für Daxlanden zuständig, welches den Nationalsozialisten als „Kommunistennest“ bekannt war. Infolge einer polizeilichen Untersuchung wurde August Dosenbach in der Nacht vom 20. auf den 21. Oktober 1933 „auf der Flucht erschossen“, wie es in der Presse benannt wurde. Ebenso soll laut diesem Bericht in seinem Besitz „eine größere Menge kommunistischer Flugschriften vorgefunden“⁴⁹ worden sein. Tatsächlich wurde er jedoch von seinem Verbindungsmann im Elsass gewarnt und hatte keine illegalen Druckschriften bei sich.⁵⁰ Nach Dosenbachs Tod übernahm Karl Seib diese Grenzstelle, ein Beispiel dafür, dass für jeden von der Gestapo Verhafteten ein anderes Mitglied eingesetzt wurde und die jeweilige Aufgabe übernahm, womit die illegalen Tätigkeiten der KPD lange aufrecht erhalten werden konnten.

⁴⁴ Vgl. Derbent, T., Der deutsche kommunistische Widerstand 1933-1945, Frankfurt am Main 2011. S. 91 sowie Stadtarchiv Mannheim, Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. S.46.

⁴⁵ Glaeser, Wolfgang, Unser die Zukunft. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe 1845-1952, Heilbronn 1991. S. 185.

⁴⁶ Vgl. Ebenda.

⁴⁷ Gustav Kappler (geboren 1898), Mitglied der KPD, Stadtverordneter in Karlsruhe seit 1929, Leiter der RGO in Mannheim 1933/1934, Dezember 1934 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

⁴⁸ Vgl. Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Band 2, Frankfurt am Main 1969. S.182.

Robert Klausmann (geboren 1896) Mitglied der KPD, 1929 badischer Landtagsabgeordneter, 1933 verhaftet, floh 1933 aus dem KZ Kislau und emigrierte nach Frankreich, bis 1939 Grenzarbeiter für die KPD.

⁴⁹ Nach Badische Presse, Abendausgabe vom 21.10.1933.

⁵⁰ Vgl. Stadtjugendausschuss e.V., Nie wieder!: eine alternative Stadtrundfahrt auf den Spuren des dritten Reichs, Karlsruhe 1984. S.60.

Teilweise wurden neben der häufigen Methode, die Flugblätter von einer Person an einen Vertrauten weiterzugeben⁵¹, Flugblätter auch scheinbar wahllos unter Türen geschoben und in Briefkästen deponiert⁵² sowie durch Böllerschüsse an Silvester⁵³ und das Verteilen von Luftballons verteilt und verbreitet.⁵⁴

Inhalt dieser Flugblätter waren die „wirklichen Reichstagsbrandstifter“⁵⁵, die Ausbeutung der Arbeiter, zu hohe Lebensmittelkosten,⁵⁶ Anklagen gegen Hitlers faschistische Diktatur und den Kapitalismus⁵⁷, die Solidarität mit den Gefangenen, Unterdrückten und „Opfern des braunen Terrors“ und der Aufruf zum gemeinsamen Handeln antifaschistischer Gruppierungen⁵⁸.

Die Verfasser der genannten „Trotz alledem Roten Fahne“ und Hersteller der Wachsmatrizen waren die Jüdin Eva Maria Rosenberg aus Straßburg und der Student der Karlsruher Technischen Hochschule Herbert Paltschick aus München. Diese Wachsmatrizen wurden in einer Flasche im Hardtwald hinterlegt und ein Kreidekreis als Symbol auf eine in der Nähe befindliche Bank gezeichnet. Der Abholer, eine Zeit lang erledigte diese Aufgabe der Maler Artur Graf, zeichnete ein Kreuz in den Kreis, um zu signalisieren, dass die Materialien abgeholt worden waren. Graf brachte die Matrizen in die Gartenhütte des Zimmermanns Strobel im Beiertheimer Feld, wo unter dem Bretterboden verborgen Abziehapparat und Saugpapier bereit lagen. Insgesamt sollen laut Bericht des geheimen Staatspolizeiamts Karlsruhe 1933 36 Zeitungsverteiler und Organisatoren sowie im Frühjahr 1934 weitere 26 Personen im Zusammenhang mit der Herstellung und Verbreitung der besagten Zeitschrift festgenommen und verurteilt worden sein. Die Verfasser des Lageberichts sahen dadurch den „illegalen KPD- Apparat besonders in Karlsruhe so gut wie zerschlagen“⁵⁹. Auf diese errechnete Zahl von 62 Verhafteten stützt sich auch andere Fachliteratur.⁶⁰ Der Lagebericht wurde jedoch bereits am 17. März verfasst, die Gruppe aus Linkenheim, darunter Gustav Ritz, die ebenso die illegale Zeitschrift produzierte, wurde jedoch erst Ende Januar 1935 verhaftet. Somit liegt die Vermutung nahe, dass allein durch diese aufgeflogene Gruppierung die Zahl der insgesamt Verhafteten bis zum Frühjahr 1935 bei mindestens 68 Personen.⁶¹

Nach den Verhaftungen einer weiteren Untergrundgruppe 1936 in Durlach verzeichnet die Gestapo jedoch nur noch geringe Aktivitäten, die Untergrundorganisation schien erschöpft und die harten Strafen ihre abschreckende Wirkung erfüllt zu haben. Ein Grund für diesen Erfolg seitens der Gestapo

⁵¹ Vgl. GLA 270/694 sowie GLA 270/759.

⁵² Vgl. GLA 270/676 sowie GLA 270/699 S.2 f..

⁵³ Vgl. Stadtarchiv Mannheim, Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. S.140.

⁵⁴ Vgl. Stadt Karlsruhe Stadtarchiv, Karlsruhe. Die Stadtgeschichte. S. 505.

⁵⁵ Vgl. Ebenda.

⁵⁶ Vgl. GLA O/1124 Flugblatt vom 17.5.1933.

⁵⁷ Vgl. GLA O/1130 Flugblatt „An alle Arbeiter und Werktätigen von Mittel- und Oberbaden“ sowie GLA O/1131 Flugblatt „Aufruf! Werktätige Jugend in Stadt und Land“ etwa Mai 1931.

⁵⁸ Vgl. GLA O/1129 Flugblatt „Schluss mit dem Terror“.

⁵⁹ Stadtarchiv Mannheim, Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. S.80 f..

⁶⁰ Vgl. Stadt Karlsruhe Stadtarchiv, Karlsruhe. Die Stadtgeschichte, Karlsruhe 1998. S. 506.

⁶¹ Vgl. Studienkreis Deutscher Widerstand AN 3296.

liegt wohl auch im breiten Einsatz von Spitzeln, die viele Tätigkeiten aufdeckten.⁶² So wollte sich Gustav Kappler zusammen mit Eugen Wiedmaier mit einem vermeintlichen Berliner Kurier treffen, der sich jedoch als Polizeibeamter entpuppte und die beiden festnahm.⁶³ Erst der Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion 1941 veranlasste hauptsächlich im Raum Durlach Kommunisten dazu, Tätigkeiten des Widerstands wieder aufzunehmen.

Von der „Trotz alledem Roten Fahne“ sind die Nummern 2 bis 15 erhalten geblieben. Allgemein umfasste sie einen Umfang von 4 bis 8 Seiten und wurde in jeder Auflage mit 100 bis 300 Exemplaren zunächst in Knielingen, später in Linkenheim produziert. Themen waren die deutliche Ablehnung des neuen Systems sowie sowohl lokale als auch außenpolitische Ereignisse.⁶⁴

Wie gleichermaßen die Nationalsozialisten ihre Gefallenen wie Paul Billet als Helden verehrten, so pflegten die Kommunisten dies beispielsweise auch bei August Dosenbach: er wird in einer Ausgabe der „Trotz alledem Roten Fahne“ als gefallener Märtyrer gefeiert, der sich „nicht unter das Joch der Hitlerdiktatur [beugte], sondern kämpfte“⁶⁵.

⁶² Vgl. Krause- Schmitt, Ursula, Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 – 1945. Baden-Württemberg Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart, Band 5, Frankfurt am Main 1991. S.43 f..

⁶³ Vgl. Erich, Matthias, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. S.309.

⁶⁴ Vgl. Stadt Karlsruhe Stadtarchiv, Karlsruhe. Die Stadtgeschichte. S. 505 f. sowie Glaeser, Wolfgang, Unser die Zukunft. S.185.

⁶⁵ Nach Glaeser, Wolfgang, Unser die Zukunft. S.187.

Am Beispiel Willi Stauch

Anhand des folgenden Beispiels soll die persönliche Verteilung illegaler Druckschriften exemplarisch veranschaulicht werden.

Neben der „Trotz alledem Roten Fahne“, hergestellt in Karlsruhe, gelangte ebenso die „seit Ende März 1933 als Wochenschrift illegal erscheinende „Rote Fahne“⁶⁶, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, in Umlauf. Diese Zeitschrift, begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, wurde in Karlsruhe bis Mitte Mai 1933 periodisch in sechs Nummern verteilt. „Als Erscheinungsort ist Berlin angegeben. Verantwortlich für den Inhalt zeichnet ein gewisser Josef Klumpfuss Berlin, für Druck und Verlag: Germania-Druck, Albert Hennigsen, Hermannstraße Nummer 22.“⁶⁷ Dabei gingen die Beamten jedoch davon aus, dass dieses angegebene Impressum eine Irreführung ist. Ihnen war nicht möglich, Verfasser und Hersteller zu ermitteln, jedoch befand sich Eugen Bachmann mit drei Genossen wegen Verdachts in Untersuchungshaft und Frankreich oder das Saargebiet kamen als Herstellungsort infrage. So heißt es zumindest in der Anklageschrift gegen Willi Stauch, geboren am 11. November 1906, vom 9. Juni 1933.

Dieser wurde vom Zeugen Artur Anselm beschuldigt, die „Rote Fahne“ Nummer 4 als illegale Druckschrift zum Lesen verteilt zu haben. Entdeckt wurden „anlässlich einer Durchsuchung der Wohnung und Arbeitsstelle des Zeugen Anselm“⁶⁸ kommunistische Druckschriften und besagtes Exemplar der „Roten Fahne“. Dieser wiederum gab am 31. Mai 1933 bei einer Vernehmung an, keiner politischen Partei zugehörig zu sein und die Druckschriften von seinem Kollegen, dem Maler Willi Stauch, Mitglied der KPD und der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition, kurz RGO, erhalten zu haben. Anselm hatte die Zeitschriften verlegt und war nicht in der Lage, sie Stauch zurückzugeben, als dieser sie forderte. Aufgrund dieser Anschuldigung wurde Stauch am 31. Mai, abends um 7 Uhr, in seiner Wohnung vorläufig festgenommen. Zunächst leugnete er. Nachdem er Anselm gegenüber gestellt wurde, gab er jedoch zu, „dass die bei Anselm gefundenen kommunistischen Flugblätter von ihm stammen“⁶⁹. Er weigerte sich jedoch, weitere Angaben zu machen und einen anderen zu verraten.

Nach seiner Einlieferung in das Bezirksgefängnis Karlsruhe gestand er allerdings, dass er die „Rote Fahne“ von Gustav Kappler erhalten habe, den Übergeber kenne er jedoch nicht. Dieser hielt sich seit Anfang März verborgen. Kennengelernt hatte Stauch Kappler wohl als „Führer der revolutionären Gewerkschaftsopposition, Unterbezirk Karlsruhe“⁷⁰ bei einer Versammlung. Nach Auflösung der kommunistischen Unterorganisation habe Stauch Kappler noch zweimal in Karlsruhe getroffen und

⁶⁶ Nach GLA 270/728 S.3.

⁶⁷ Nach Ebenda.

⁶⁸ Nach Ebenda S.4.

⁶⁹ Nach Ebenda S.6.

⁷⁰ Nach Ebenda S.10.

sich mit ihm über politische Themen unterhalten. Bei einer Begegnung in der Robert-Wagnerallee am 27. oder 28. April übergab dieser ihm das Flugblatt „Arbeiter und Arbeiterinnen; Werktätige in Stadt und Land!“, unterzeichnet mit Kommunistische Partei Deutschlands. Darin wird insbesondere die Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit behandelt und zum Generalstreik und bewaffneten Aufstand aufgefordert. Erneut zufällig habe Stauch Kappler am 09. oder 10. Mai in der Schlachthausstraße getroffen, wo sie sich wieder über politische Themen unterhielten. Dabei wurde Stauch die „Trotz alledem Rote Fahne“ Nummer 4 übergeben. Die gemachten Angaben über Gustav Kappler stufte der Oberstaatsanwalt jedoch als unwahr ein. Daher stellt sich die Frage, ob hier ein Verrat an Kappler vorliegt oder ob eher andere Funktionäre geschützt werden sollten, indem der in Sicherheit vermutete Kappler als schuldiger Überbringer diene.

Das Exemplar der „Roten Fahne“ über Thälmann anlässlich seines Geburtstags habe er am 26. oder 24. Mai von einem Fahrradfahrer in der Kriegsstraße erhalten, der häufig an kommunistischen Versammlungen beteiligt war.

Als einen Grund, warum Stauch Anselm, der „sich als Gegner der KPD und RGO zeigte und [ihn] des Öfteren wegen [seiner] politischen Einstellung hochzog“⁷¹, die Druckschriften gab, nennt er darlegen zu wollen, dass die KPD im Gegensatz zur SPD weiterhin in der Illegalität aktiv war.

Nachdem sich Stauch seit dem 17. Juni 1933 in Untersuchungshaft befand aufgrund der Aussagen von Artur Anselm, wurde er des „Vergehen[s] strafbar nach § 20 der VO, zum Schutze des Deutschen Volkes vom 4. Februar 1933, § 6 der VO, gegen Verrat am Deutschen Volke und hochverräterischer Umtriebe vom 28. Februar 1933, §73 RStGB“⁷² angeklagt. Verurteilt wurde er zu 8 Monaten Haft zuzüglich der beiden angerechneten Wochen Untersuchungshaft. In der Begründung wird angeführt, dass „im Interesse der Volksgemeinschaft [...] die Verhetzung durch derartige Druckschriften von sich selbst im Verborgenen haltenden Herstellern unterbunden und gegen alle Personen, welche diese Wühlarbeit im Dunkeln durch Weitergabe solcher die Volkswohlfahrt untergrabender Hetzblätter unterstützen, mit empfindlichen Strafen eingeschritten wird und zwar auch zur Warnung für andere“⁷³.

⁷¹ Nach GLA 270/728 S.16.

⁷² Nach Ebenda S.36.

⁷³ Nach Ebenda S.55.

Wilhelm Käser und Josef Düringer

Am 17. Mai 1933, um etwa 22 Uhr, meldeten sich mehrere Bürger auf der Polizeiwache Mendelssohnplatz, weil sie illegale Flugblätter in den Hausgängen ihrer Häuser gefunden hatten. Darunter befand sich auch der Angehörige der SA Hans Scheitl. Dieser war in der Lage zwei Männer zu beschreiben, die in verschiedene Häuser der Altstadt im Bereich Kronen-, Markgrafen-, und Kreuzstraße ein- und ausgegangen waren. Daraufhin schickte Hauptwachtmeister Karl Bender mehrere Polizeibeamte in die Altstadt, um alle verdächtigen Personen vorläufig festzunehmen. Ihnen fielen unter den Passanten, die vor den Schaukästen des Badischen Beobachters standen und Zeitung lasen, zwei Herren auf, die beim Anblick Benders „sofort in Richtung Steinstraße in langsamen Schritt weiter“⁷⁴-gingen. Als der Polizeibeamte die Verfolgung aufnahm, trennten sich diese beiden Herren, ohne einander zu verabschieden. Dabei konnte einer entkommen, Wilhelm Käser wurde jedoch der Fluchtweg abgeschnitten, indem „Polizei Wachtmeister Schmidt mittels Fahrrad aus der Markgrafenstraße herausgefahren“ kam⁷⁵, und ihn festnahmen. „Bei der körperlichen Durchsuchung [wurden] in der Mütze des Erwähnten 15 Druckschriften der KPD vorgefunden“^{76,77}

Der 36 Jahre alte Schlosser Wilhelm Käser, am 20. Juli 1896 geboren, verheiratet mit Ida, geborene Kastel, und Vater zweier Söhne,⁷⁸ war Mitglied der KPD, 1926 auf die Stadtratsliste der KPD aufgenommen und seit 1928 Kassierer der Ortsgruppe Karlsruhe der Roten Hilfe.⁷⁹ Aufgrund seiner Kriegsverletzungen erhielt er 30% Rente. Er stritt zunächst jegliche illegale Tätigkeiten ab, wurde jedoch von Hans Scheitl identifiziert, woraufhin seine Wohnung erfolglos durchsucht wurde. Käser gab zunächst an: „Ich ging dann noch kurz zum Badischen Beobachter, wo ich auf dem Gehweg die Druckschriften der KPD fand. Ich bückte mich und hob diese auf. Bei mir war auch kein zweiter Mann, jedenfalls kenne ich keinen. Der mit mir oder bei mir gelaufen sein soll“⁸⁰. Nachdem er auf den Regen hingewiesen wurde, korrigierte er „die Druckschriften nicht auf dem Gehweg, sondern der Fensterbank gefunden“⁸¹ zu haben. Am 24. Mai gesteht er, „die fraglichen Flugblätter erhalten und verteilt [zu] haben [...] von einem jungen Manne, den [er] nicht gekannt habe“⁸². Von den insgesamt 25 Exemplaren, habe er etwa 10 Stück unter der Türe verschiedener Häuser in der Kronen-, Markgrafen-, und Kreuzstraße hineingeschoben. Wie bereits erwähnt, war dies eine gängige Methode. Auch wird an Käasers Beispiel der geringe Kontakt der Gruppierungen untereinander und die hohe Loyalität der Mitglieder deutlich: Er weigerte sich, den jungen Überbringer oder die

⁷⁴ Nach GLA 270/699 S.3, Zeugenaussage Karl Bender.

⁷⁵ Nach Ebenda.

⁷⁶ Nach Ebenda S.4.

⁷⁷ Vgl. GLA 270/699 S.1 f..

⁷⁸ Vgl. Ebenda S.7.

⁷⁹ Vgl. Ebenda S.35.

⁸⁰ Nach Ebenda S.4.

⁸¹ Nach Ebenda S.5.

⁸² Nach Ebenda S.45. Geständnis Käser.

Hersteller der Flugblätter zu beschreiben: „Dieser Ort [würde] ja geheim gehalten und [...] davon [hätten] nur die Hersteller Kenntnis.“⁸³ Selbst nachdem ihm der frühere Straßenbahnführer Josef Düringer vorgeführt wurde, beharrte er darauf, allein die Tat ausgeführt zu haben und keine Komplizen zu verraten.

Nach den Angaben Scheitls konnte Düringer aufgrund seiner Zugehörigkeit beim Straßenbahn-Fußballverein überführt werden.⁸⁴ Düringer wohnte in der Nachbarschaft Käasers, war ebenso Mitglied der KPD und Stadtverordneter. Er war verheiratet mit Anna, geborene Schenkel, und Vater von vier Kindern. Er bestritt durchgängig jegliche Teilnahme an der Verteilung der Flugblätter, wurde jedoch von Hans Scheitl identifiziert und überführt, weshalb er am 24. Mai vorläufig festgenommen wurde. Sein Verteidiger verweist speziell darauf, dass er „schon seit Januar keine Beiträge mehr an die kommunistische Partei gezahlt habe und am 05. April auch noch formell ausgetreten sei“, „um gegen das Vorurteil anzukämpfen, Düringer sage nicht die Wahrheit, weil er früher Kommunist war“⁸⁵. Ein Zeichen dessen, dass die Nationalsozialisten die Kommunisten als Feinde ansahen und bewusst verfolgten.

Am 21. Juni 1933 werden „Die Angeklagten Friedrich Wilhelm Käser aus Karlsruhe und Josef Düringer aus Obergimpfern [...] wegen gemeinschaftlich begangenen Vergehens, strafbar nach § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am deutschen Volk und hochverräterischer Umtriebe vom 28. Februar 1933, in Tateinheit mit dem Vergehen, strafbar nach § 20 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 zu Gefängnisstrafen von je neun Monaten verurteilt“⁸⁶. Bei Käser kam ein Monat der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung. Die Kosten des Verfahrens mussten beide übernehmen. In der Begründung geht das Schöffengericht davon aus, dass neben Käser und Düringer „noch andere Gesinnungsgenossen [...] an diesem Abend am Werk waren“⁸⁷. Weiter wird darauf hingewiesen, dass insbesondere „junge Volksgenossen, deren Urteilsfähigkeit und seelische Widerstandskraft gegen Verhetzungen durch gezwungene Arbeitslosigkeit geschwächt ist und die deshalb leichter das Opfer von gewissenlosen Verführern werden“, geschützt werden müssen und gegen solcherlei Vergehen „mit empfindlichen Strafen eingeschritten werden muss“⁸⁸. Dabei sollte bedacht werden, dass gerade die Nationalsozialisten massiv die Jugend durch Propaganda angeworben haben, also selbst das betrieben haben, was in der Begründung des Urteils scharf angeprangert wird. Allein die nach nationalsozialistischer Sicht falsche Ideologie schien also dieses Urteil zu rechtfertigen.

⁸³ Nach Ebenda.

⁸⁴ Vgl. Ebenda S.6.

⁸⁵ Nach GLA 270/699 S.87, Verteidigungsschrift Düringer.

⁸⁶ Nach Ebenda S.111, Urteil.

⁸⁷ Nach Ebenda S.115, Begründung Urteil.

⁸⁸ Nach Ebenda S.121, Begründung Urteil.

Am 22. Juni 1933 werden den Angeklagten mehrere Zeitungsartikel gewidmet, darunter auch einer aus der „Karlsruher Zeitung“: Darin wird angekündigt, dass „das Gericht künftig [...] Gefängnisstrafen von nicht unter einem Jahr“⁸⁹ aussprechen werde. Zuvor solle sich die Strafe für solche volksverhetzende Tätigkeiten sich auf einer Höhe von sechs Monaten bewegt haben. Die Nationalsozialisten erhöhten in den folgenden Jahren Strafen für verräterische Handlungen zunehmend. Bald reichten allein unter Alkoholkonsum ausgesprochene Worte gegen die nationalsozialistische Politik oder Ideologie, um verhaftet zu werden.⁹⁰

Im Folgenden soll das besagte Flugblatt näher beleuchtet werden. Dieses richtet sich an „SA- Mann! NSBO- Arbeiter!“ Und berichtet über die Entrechtung der Arbeiter in den Betrieben. Dort müssen, laut Verfügung des „Sachbearbeiter der NSDAP für Wirtschaftspolitik, Dr. Otto Wagner, [...] bisher eigenmächtig eingesetzte Kommissare [...] zurückgezogen werden, sofern [sie nicht] durch den Aufsichtsrat, den Vorstand, die Geschäftsführung oder den Inhaber eines Unternehmens“ legalisiert wurden. Der Arbeiter würde dadurch, entgegen den Versprechungen, nicht als „vollberechtigtes Mitglied der Volksgemeinschaft“ angesehen werden. Daher ruft die KPD Karlsruhe, so ist das Flugblatt unterzeichnet, dazu auf, aufzuwachen und mit der KPD gegen dieses kapitalistische System und für den Sozialismus zu kämpfen. Typische Merkmale der Kommunisten werden hier also gut deutlich: der Kampf gegen die Reichen, die Bourgeoisie, und der Aufruf zu einer kämpferischen Umwandlung des kapitalistischen Systems. Zudem wird deutlich, dass die KPD sich allein als Träger für den Sozialismus sah, die SPD wurde häufig als „Sozialistenfaschismus“ bezeichnet. Der zweite Teil des Flugblatts beschäftigt sich ebenso mit dem Unterschied zwischen den Reichen, die durch Hitler zum Beispiel mithilfe der erlassenen Autosteuer nur noch reicher würden, und den Armen, die Hitler durch die Fettsteuer und die Verteuerung von Lebensmittel bestehen würde. In diesem Abschnitt wird die „Hitlerdiktatur“, getarnt von den Nationalsozialisten unter den Begriffen „Sozialismus, nationale Tat und Volksgemeinschaft“, der „Räteregierung der sozialistischen deutschen Arbeiter- und Bauernrepublik“ gegenüber gestellt. Erneut wird zum Kampf mit der KPD aufgerufen, welche allein „den Ausweg aus Hunger und Not“ zeigte. Insgesamt beinhaltet dieses Flugblatt also typische propagandistische Themen, mit denen die KPD durch Druckschriften für sich geworben hat.

Gustav Ritz und die illegale Gruppierung in Linkenheim

Nach Verhaftungen von Karlsruher Kommunisten 1933 und 1934, die die Untergrundzeitschrift „Trotz alledem Rote Fahne“ herstellten und in der Öffentlichkeit verteilten, wurde deren Herstellung von Linkenheimer Kommunisten übernommen. Diese Aufforderung scheint zunächst Theodor Lang

⁸⁹ Nach Ebenda S.123, Zeitungsartikel.

⁹⁰ Vgl. Stadtarchiv Mannheim, Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. S.128 f..

mitgeteilt worden zu sein, welcher Heinrich Günther, beschäftigter Maler in dem Malergeschäft Albert Mager in Karlsruhe, beauftragte, „eine neue Walze in Karlsruhe bei Burgstahler zu holen und gleichzeitig Abzugspapier und Farbe zu besorgen“⁹¹ und nach Linkenheim zu bringen. „Die Matrizen für diese Druckschrift wurden wiederum von Gustav Ritz auf der Schreibmaschine des Groh geschrieben, dem [Theodor] Lang oder dem [Heinrich] Günther mitgegeben und durch [Wilhelm] Funk und [Julius Albert] Nees abgezogen.“⁹². In einem Interview erinnert sich der zweitälteste Sohn des Automechanikers Gustav Ritz, geboren am 02. August 1905, Karl Hermann Ritz, geboren am 16. August 1928, dass sein Vater, illegale Flugschriften von dieser Gruppe im Keller des Ladens Honig-Groh in Karlsruhe gedruckt worden seien. Diese fertigen Druckschriften wiederum lieferte Günther beim Organisator der Weiterverteilung Oskar Burgstahler in Karlsruhe ab.⁹³

Aufgrund dieser als Vorbereitung zum Hochverrat vermerkten Straftaten, die von der Gestapo aufgedeckt wurden, wurde Ritz zu zwei Jahren und 6 Monaten Zuchthaus vom 31. Januar 1935 bis zum 27. August 1937 verurteilt.⁹⁴ Mitangeklagt waren Theodor Lang, Wilhelm Funk, Julius Albert Nees, Robert Ferdinand Heuser und Heinrich Günther. Morgens um 6 Uhr wurde Ritz von der Gestapo zuhause aus dem Bett geholt und verhaftet.⁹⁵ Unmittelbar nach seiner Verhaftung wurde ihm vor der Arrestzelle im Rathaus Linkenheim von einem der beiden Gestapobeamten Hörner und Haas mit einem harten Gegenstand in die rechte Nierengegend geschlagen. Dies sagte er 1947 auch in einem Prozess gegen Hörner aus, Haas hatte zuvor Selbstmord begangen.⁹⁶ Seine Haftstrafe saß er in den Zuchthäusern Ludwigsburg und Bruchsal ab.⁹⁷ Sein Sohn erinnert sich, dass er sich bei einem Besuch im Konzentrationslager Bruchsal als Siebenjähriger nackt ausziehen musste und untersucht wurde. Dort erlitt Ritz wahrscheinlich als Folge der durchlebten Einzelhaft im Spätjahr 1936 einen Nervenzusammenbruch. Während der Psychiater des Zuchtkrankenhauses in Bruchsal eine Schizophrenie diagnostizierte, wurde der Zusammenbruch in der Heil- und Pflegeanstalt Illenau, in die er wegen psychotischer Erkrankung verlegt wurde, als Folge einer Haftpsychose angesehen. Ritz selbst bestritt Jahre später, dass es eine Psychose oder eine Simulationen gewesen sei.⁹⁸ Er beschrieb, dass er in Schutzhaft in Sand- oder Kiesgruben oder als Kesselarbeiter arbeiten und täglich stundenlang Appel stehen musste.⁹⁹ Bei einem dieser 22 Stunden langen Appelle im Freien bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt habe er sich eine Angina zugezogen, unter deren Folgen er

⁹¹ Nach Studienkreis Deutscher Widerstand AN 3296, Abschrift Anklageschrift gegen Heinrich Günther.

⁹² Nach Ebenda.

⁹³ Vgl. Krause- Schmitt, Ursula, Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 – 1945. Baden-Württemberg Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart, Band 5, Frankfurt am Main 1991. Seite 61.

⁹⁴ Vgl. GLA 480/937 4, S.4 Feststellungsbescheid Landesamt für Wiedergutmachung 1958.

⁹⁵ Vgl. Ebenda S.171, Exposee Ritz.

⁹⁶ Vgl. GLA 480/ 937 1 S.151, Brief von Ritz aufgrund der Entschädigungsangelegenheiten.

⁹⁷ Vgl. Krause- Schmitt, Ursula, Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 – 1945. S.61 sowie GLA 480/937 1, S.195 f..

⁹⁸ Vgl. GLA 480/937 1, S.214.

⁹⁹ Vgl. Ebenda S.212.

noch jahrelang habe leiden müssen.¹⁰⁰ Nachdem er seine Haft abgesessen hatte, wurde er im Oktober 1937 von der Staatspolizei festgenommen, am 08. November 1937 in das Konzentrationslager Kislau eingewiesen und zehn Tage später nach Dachau gebracht, wo er bis zum 20.04.1939 inhaftiert war.¹⁰¹ Währenddessen erhielt seine Frau Karolina, geborene Schenring, keinerlei finanzielle Unterstützung und musste die fünf gemeinsamen Kinder allein ernähren, indem sie „im Rheinbau Notstandsarbeit leiste[te]“¹⁰². Auch nach seiner Haft wurde Ritz bei der Arbeit beobachtet, weil er dem Verdacht ausgesetzt war, Sabotage zu betreiben. Seine schlechte Behandlung bei seiner Verhaftung und in seiner Gefangenschaft und die Demütigung, die selbst sein Sohn aufgrund seiner politischen Gesinnung erdulden musste, bezeugen beispielhaft die körperlichen und psychischen Belastungen, in welche Nationalsozialisten ihre Feinde ausgesetzt haben. Zudem werden die steigenden Strafen für Hochverrat am Beispiel von Ritz deutlich: Während Willi Stauch, Wilhelm Käser und Karl Düringer 1933 noch zu 8, beziehungsweise 9 Monaten für den Besitz und die Verteilung illegaler Druckschriften verurteilt wurden, war Ritz aufgrund der illegalen Herstellung für etwa 4 Jahre eingesperrt.

Zuzüglich in der Familie Ritz existierte wohl nicht nur ein Zwiespalt zwischen Anhängern der nationalsozialistischen Ideologie und den kommunistischen Ansichten Gustavs: Sein Vater war nach der Machtübernahme zwei Jahre lang Bürgermeister in Linkenheim¹⁰³, scheint jedoch abgesetzt worden zu sein, weil er die erläuterten illegalen Tätigkeiten seines Sohnes deckte¹⁰⁴. Zugleich erklärt jedoch sein Bruder, der seit 1926 aktiv der SA angehörte, in einem Brief, dass der spätere Bürgermeister Ratzel einen schweren Autounfall seines Vorgängers nutzte, um sein Amt zu erlangen und „mit allen Mitteln [seinen] Bruder Gustav beiseite schaffte“. Dabei hätten sie seinen Bruder zu der „Gestalt gemacht, die sie brauchten“¹⁰⁵. Die unterschiedlichen politischen Ansichten und Erfahrungen mit den Nationalsozialisten könnten das schlechte Verhältnis zwischen Gustav Ritz und seinem gleichnamigen Vater begünstigt haben.

Obwohl in seinem Wehrpass stand, dass er nicht an der Front dienen durfte, wurde Ritz nach Frankreich in den Krieg eingezogen. Seine Aufgabe bestand darin, deutsche Hauptmänner und Offiziere auf Motorrädern zu transportieren. Dabei soll er, als die feindliche Front sich näherte, absichtlich mit einem Hauptmann in Richtung der feindlichen Linie gefahren sein, weshalb beide von

¹⁰⁰ Vgl. Ebenda S.234.

¹⁰¹ Vgl. GLA 480/937 1, S.177 f. und S.187 a sowie Vgl. Krause- Schmitt, Ursula, Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 – 1945. S.61.

¹⁰² Nach Studienkreis Deutscher Widerstand AN 3296, Brief des Bruders Hermann Ritz an das Konzentrationslager Kislau vom 17. November 1937.

¹⁰³ Vgl. GLA 480/987 1 S. 58, Schreiben der Direktion Illenau an den Altbürgermeister Gustav Ritz.

¹⁰⁴ Vgl. Teske, Frank, Der Landkreis Karlsruhe in der NS-Zeit. Eine Studie zum gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Wandel am Beispiel der Gemeinden Berghausen, Jöhlingen, Linkenheim und Malsch, Ubstadt-Weiher 2003. S.64.

¹⁰⁵ Nach Studienkreis Deutscher Widerstand AN 3296, Brief des Bruders Hermann Ritz an das Konzentrationslager Kislau vom 17. November 1937.

englischen Soldaten gefangen genommen wurden und Ritz vom 19. August 1944 bis zum 18. April 1946 in englischer Gefangenschaft war.¹⁰⁶ Dabei nutzen ihm seine Fähigkeiten als Automechaniker, um von seinen Vorgesetzten, englischen Farmern, gut behandelt zu werden und er war sogar in der Lage, Pakete mit Genussmitteln an seine Familie zu schicken.

Wie in vielen Familien, so wurde auch bei Ritz und seinen Nachfahren viele Jahre über die Vergangenheit während des Nationalsozialismus geschwiegen. Ein Grund dafür könnte die zunächst schleppende gesellschaftliche Verarbeitung der Thematik gewesen sein. Im Bezug auf den Kommunismus sollte zudem der Druck berücksichtigt werden, unter dem viele nach dem erneuten Verbot der KPD 1956 standen. Während Sozialdemokraten möglicherweise also bereits früher mehr Interesse für ihre Tätigkeiten im Widerstand fanden, könnte über dem Thema des kommunistischen Widerstands längere Zeit ein Tabu gelegen haben.

Die Tätigkeiten von Friedrich Dietz vor und nach 1945

Nachdem wir das Schicksal von Friedrich Dietz bereits vor und um die Machtübernahme näher beleuchtet haben, soll der Einfluss der Illegalität auf sein Leben näher erläutert werden. Dabei kann bei Dietz auch die Zeit nach 1945 bis zum erneuten KPD-Verbot 1956 genauer beleuchtet werden.

Am 29.05.1933 wurde er in das Konzentrationslager Heuberg überführt¹⁰⁷, wo er sich im Juni 1933 einen Leistenbruch und Magenbeschwerden zuzog.¹⁰⁸ Dies könnten Folgen der Misshandlungen unter dem Kommandanten Karl Buck sein. „Es war eine Zeit der Prüfung“, die ihn in seiner politischen Anschauung lediglich bestärkte, so Dietz in seinen autobiographischen Aufschrieben¹⁰⁹. Nach Auflösung des Lagers am 21. Dezember 1933 wurden die Gefangenen aus Baden in das Konzentrationslager Kislau überführt.

In einer Abschrift des Kriminal-Sonderdienstes Karlsruhe vom 16. Januar 1947 äußert sich der Zeuge Dietz über den Tod von Stadtrat Ludwig Marum, mit welchem er zusammen inhaftiert war. Aufgrund seiner Stellung als Verwalter des Lagers war es Friedrich Dietz möglich „Einsicht in die allgemeinen Lagerverhältnisse zu nehmen“ und „durch [seine] Sonderstellung als Verwaltungsführer konnte [er] Wahrnehmungen machen, die den anderen Häftlingen entgingen“¹¹⁰. Marum befand sich mit Minister Adam Remmele zusammen in einem Arbeitskommando, beauftragt mit Renovierungsarbeiten im Schloss. Weil Marum gegen die Briefzensur verstoßen haben soll, wurde ihm die Annahme von Lebensmittelsendungen trotz seinem Magenleiden verboten. Daher wurde er deshalb nun von Freunden mit fetthaltigen Lebensmitteln unterstützt. Bei einer Spindkontrolle, von

¹⁰⁶ Vgl. GLA 480/937 1, S.229.

¹⁰⁷ Vgl. GLA 480/116,1 S.14a.

¹⁰⁸ Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe 8/STS 13/1123.

¹⁰⁹ GLA 480/116,1 S.14a-c.

¹¹⁰ Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe 8/STS 13/1194-1197.

der nur Ludwig Marum betroffen war, wurde ein Stück Butter von seinen Freunden gefunden, weshalb er in einer Einzelzelle von den anderen Häftlingen isoliert wurde. Sein Selbstmord wurde am nächsten Morgen von dem Lagerleiter Stix verkündet, indem er „im Esssaal mit zynischem Ausdruck die Worte äußerte: Wenn sich einer von euch hängen will, dann sagt das vorher, damit man einen Strick besorgen kann und macht es nicht wie Marum. [...] [Dietz] persönliche Überzeugung ist die, dass Marum nicht Hand an sich selbst gelegt hat“¹¹¹.

Am 20. Juli 1934 wurde Dietz vom Konzentrationslager beurlaubt. Friedrich Dietz stand von nun an unter Polizei“schutz“ und musste sich regelmäßig auf dem Polizeipräsidium in Karlsruhe melden. Trotzdem widmete er sich wieder verbotenen Tätigkeiten und übernahm rasch wieder die Leitung der illegalen kommunistischen Bewegung in Karlsruhe und kurz darauf in Baden.¹¹² Dadurch erhielt er Kontakte ins Ausland, vor allem in die Schweiz und ins Elsass. Nachdem er im März 1935 erneut von der Gestapo verhaftet worden war, aufgrund mangelnder Beweise jedoch wieder frei gelassen werden musste, entschloss er sich zur Flucht in die Schweiz.¹¹³ Gründe für diese Flucht boten ihm zudem die erneute Untersuchung des Billet- Mordprozesses, um Friedrich Dietz endgültig zu verhaften, und die geringe Resonanz der Bevölkerung gegenüber den illegalen Bemühungen der KPD.

Nach sechsmonatigem legalem Aufenthalt war seine Toleranzgenehmigung abgelaufen¹¹⁴, weshalb er sich auch in der Schweiz in die Illegalität begab und durch seinen unerlaubten Verlag zunehmende Berühmtheit erlangte.¹¹⁵ Im Oktober 1941 wurde er aufgrund kommunistischer Propaganda und illegaler Umtriebe von der Genfer politischen Polizei verhaftet und 1942 zu sechs Monaten Haft und 15 Jahren Einreiseverbot vom schweizerischen Bundesgericht verurteilt. Durch seine Kontakte zu Sozialdemokraten im Schweizerischen Parlament konnte eine Auslieferung nach Deutschland verhindert werden.¹¹⁶ Er verbüßte seine Strafe in der Strafanstalt Witzwil, im Zuchthaus Lenzburg und in der Strafanstalt St. Johannsen bei Neuchâtel. Dietz kam erst im Februar 1945 frei und wurde unmittelbar danach außenpolitischer Mitarbeiter der liberalen Wochenzeitung „Die Nation“, welche zuvor eine große Kampagne für seine Freilassung geführt hatte. Nebenbei war er ebenfalls Chefredakteur der Zeitung „Freies Deutschland“ und blieb bis Kriegsende in der Schweiz. Er schrieb zahlreiche Artikel und Reportagen über außenpolitische Fragen, zur Kulturpolitik und geschichtliche Abhandlungen.¹¹⁷

Nach einigen kurzen Aufenthalten in Deutschland übersiedelte Dietz am 25. Juli 1946 endgültig mit seiner jüdischen Ehefrau, Edith Dietz, welche ebenfalls 1942 mit ihrer Schwester in die Schweiz

¹¹¹ Nach Stadtarchiv Karlsruhe 8/STS 13/1194-1197.

¹¹² Vgl. GLA 480/116,1 S.14a.

¹¹³ Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe 8/STS 1122.

¹¹⁴ Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe 8/STS 13 1124-1131.

¹¹⁵ Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe 8/STS 13 1123 .

¹¹⁶ Vgl. GLA 480/116,1 S.14b.

¹¹⁷ Vgl. GLA 480/116,1 S.14b.

geflohen war und mit der er später eine gemeinsame Tochter bekam¹¹⁸, nach Karlsruhe, um seinem großen Ziel, dem Wiederaufbau, nachzugehen. In Karlsruhe war er als Sonderkorrespondent verschiedenerer Schweizer Zeitungen und Verlage tätig. Zudem war er 1. Vorsitzender der KPD Kreis Karlsruhe und zeitgleich Mitglied des Bezirks- und Landesvorstandes der kommunistischen Partei.¹¹⁹ Friedrich Dietz wurde wiederholt in den Stadtrat gewählt und war KPD-Kandidat für die Landtags- und Bundestagswahlen.¹²⁰

Seit seiner Rückkehr nach Deutschland war er registriertes Mitglied der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, kurz VVN¹²¹, wo er jedoch keinerlei Aufgaben in der Organisation übernahm, da ihm der Wiederaufbau und die Zukunft seines Vaterlandes wichtiger erschienen und er als hauptamtlicher KPD-Sekretär und Journalist andere Prioritäten setzte. Mit dem KPD-Verbot von 1956 unter der Regierung von Konrad Adenauer war die dreiköpfige Familie Dietz mit Existenznöten konfrontiert. Aufgrund seiner KPD-Tätigkeiten vor 1956 wollte man Dietz keinerlei Wiedergutmachungszahlungen und Entschädigungen gestatten, da er ab 1949 gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes gekämpft habe und somit von der Entschädigungssache ausgeschlossen sei.¹²² Seine politischen Ziele konnte Dietz nicht mehr weiterverfolgen, da er am 10.01.1959 nach schwerer Erkrankung starb.¹²³

Flugblatt „Schluss mit dem Terror“

„In der Nacht zum 09. Februar 1935 [wurden] an verschiedenen Orten in Oberbaden bis hinunter nach Offenburg kommunistische Streuzettel mit der Überschrift „Schluss mit dem Terror“¹²⁴ in einer Auflage von 5000 Exemplaren von bis jetzt unbekanntem Tätern verbreitet. Diese Aktion war durch die Rote Hilfe durchgeführt worden, die von ihrer Zentrale in der Schweiz aus nach Oberbaden ein gut ausgebautes Netz von Verbindungen unter[hält]. Auch von Straßburg aus arbeitet[e] die Rote Hilfe. Sie unter[hält] in der Hauptsache Verbindungen nach Karlsruhe und Umgebung und vermutlich auch nach Mannheim. Die Kurierere w[urden] zur Nachtzeit [...] auf dem Abschnitt zwischen Kehl und Plittersdorf übergesetzt.“¹²⁵ So lautet ein Abschnitt des Lageberichts des Geheimen Staatspolizeiamts Karlsruhe für die Zeit vom 01. Januar bis zum 28. Februar 1935.

¹¹⁸ Vgl. Dietz, Edith, Der Kreis schließt sich. Jahrzehnte des Friedens sind keine Garantie, Frankfurt am Main 1997, ergänzte Auflage 2006.

¹¹⁹ Vgl. GLA 480/116,1 S.14c.

¹²⁰ Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe 8/STS 13/1124-1131, siehe Anhang Bild Dietz.

¹²¹ Vgl. VVN-BdA/D 643.

¹²² Vgl. GLA 480/116.

¹²³ Vgl. GLA 480/116,1.

¹²⁴ Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe O 1129.

¹²⁵ Nach Stadtarchiv Mannheim, Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. S.139.

Inhalt des besagten Flugblatts ist die Ungerechtigkeit, die Bürgern unter dem Terror des Hitlerregimes widerfährt, und der Aufruf zur Solidarität und Zusammenarbeit aller Antifaschisten untereinander. Zentrale und häufige Themen, wie sich in den vorherigen Kapiteln bereits zeigte.

Unterschrieben ist das Flugblatt mit „Rote Hilfe Deutschlands, Bezirksleitung Süd- und Mittelbaden. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirksleitung Süd- und Mittelbaden. Roter Schutzbund, Brigade Karl Liebknecht, Baden“. Es liegt also ein Beispiel für die seltene Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten vor.

Dem Negativem, dem Terror und Versagen der „braunen Barbaren“, wird durchweg das Positive in Form des aufrechtgesinnten, antifaschistischen Werktätigen gegenübergestellt. Den Beschreibungen über den Zustand und die Behandlung in Gefängnis und Konzentrationslager ist zu entnehmen, dass durchaus Teile der Bevölkerung über diese Geschehnisse in Kenntnis waren, entgegen der Behauptung, man habe nichts darüber gewusst, wie mit Gefangenen umgegangen wurde. Im Weiteren wird auch die unbestritten fehlende Gleichheit vor dem Gesetz aufgeführt. Indem die schlechte Behandlung von Frauen, „verschleppt, misshandelt, erpresst“, der Kinder, „beschimpft und moralisch gedemütigt“¹²⁶ und aufrechter Geistlicher genannt wird, appelliert das Flugblatt geradezu an das Gewissen der Leser. Selbst der vermeintlichen Gegner, die Opfer des 30. Juni 1934, wird gedacht. In dieser „Nacht der langen Messer“ ermordeten die Nationalsozialisten die Führungsebene der SA, einschließlich Stabschef Ernst-Röhm, weshalb sich der Begriff „Röhm-Putsch“ für dieses Ereignis etablierte. Anstatt die Betroffenen über ihr Schicksal zu ärgern, bemüht sich das Flugblatt, auch diese Gruppe als Mitstreiter gegen Hitlers Diktatur zu gewinnen. Als Beispiel werden die am 2. Februar hingerichteten kommunistischen Funktionäre und Widerstandskämpfer John Schehr, hier liegt im Original ein Rechtschreibfehler vor, und Erich Steinfurth aufgeführt, deren Ermordung an die von August Dosenbach erinnert: Auch bei Schehr und Steinfurth wurde behauptet, dass sie „auf der Flucht erschossen“ wurden. Als Beispiel für durch den „Röhm-Putsch“ Gefallene werden der Aktivist und Jugendbundführer Adalbert Probst und der Katholikenführer Erich Klausener, auch hier liegt im Original ein Rechtschreibfehler vor, genannt.

Weiter wird auf die Existenznot der Hinterbliebenen hingewiesen, dies wird in unserer Arbeit am Beispiel von Gustav Ritz ersichtlich, dessen Frau sich und die Kinder etwa vier Jahr lang ohne jegliche staatliche Unterstützung ernähren musste. Am Beispiel des erwähnten Besuchs seines Sohnes in Gefangenschaft werden auch die „Schikanen und Demütigungen“, wie im Flugblatt erwähnt, deutlich. Dieses erinnert an das Schicksal von Staatsrat Ludwig Marum, der, wie von Friedrich Dietz beschrieben, „zum „Selbstmord“ getrieben“¹²⁷ wurde, von dem Landtagsabgeordneten Hermann Böning, der ebenso bei einem Unfall im Zuchthaus Ludwigsburg ums Leben kam, sowie des

¹²⁶ Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe O 1129.

¹²⁷ Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe O 1129.

„aufrechten katholischen Pfarrer“ Joseph Herrmann, der wegen Verbreitung eines Seelsorgebriefes verurteilt wurde.¹²⁸

Als Ziel wird in dem Flugblatt genannt, „alle Nichtfaschisten zu einem einheitlichen Handeln zusammenzufassen“ und „die Not der Verfolgten zu lindern“. Dabei wird jedoch mehr die moralische und finanzielle Unterstützung des Lesers gefordert, als aktiv am Widerstand teilzunehmen. Dies ist typisch für eine Aktion der Roten Hilfe, während kommunistische Druckschriften, wie im Beispiel Wilhelm Käser und Josef Düringer, meist zu einem offeneren Widerstand aufriefen.

Fazit und Ausblick

Anhand der ausgewählten Personen konnten sich viele allgemeine Tatsachen über die illegalen Tätigkeiten der KPD und ihre Ziele belegen lassen. Besonders die Loyalität der Beteiligten untereinander ist angesichts des Drucks, dem sie ausgesetzt waren, bemerkenswert: Selbst als Düringer als Mittäter so gut wie feststand, nutzte Käser nicht die Chance, ihn zu verraten, um seine eigene Strafe zu verringern. Ersichtlich wurde auch, dass der geringe Kontakt der Widerständler untereinander erfolgreich dafür sorgte, Folgeverhaftungen zu vermeiden. Lediglich mit Gustav Ritz wurde eine größere Gruppe verhaftet, der genaue Hergang der Verhaftung, beziehungsweise wie diese Gruppe von der Gestapo aufgedeckt wurde, wurde uns aus den Materialien jedoch nicht ersichtlich.

Mit dieser Problematik, dass viele Informationen nicht zugänglich waren, hatten wir häufig zu tun. Wie in dem Kapitel über Ritz bereits genannt, hängt das häufig mit dem Schleier zusammen, den Überlebende über die Zeit im Nationalsozialismus legten. Die Enkelin von Gustav Ritz vermutet, dass dies auch damit zusammenhängt, dass Verfolgte wegen kommunistischen Aktivitäten in der NS-Zeit auch nach dem Krieg unter dem Einfluss des Kalten Krieges nie gesellschaftlich und politisch rehabilitiert wurden. Wäre der kommunistische Widerstand in diese Zeit dagegen früher aufgearbeitet und auch in den Familien selbst mehr darüber geredet worden, könnten die Informationen heute weit vielfältiger vorliegen. Eine interessante Herangehensweise könnte dabei die Frage sein, ob der sozialdemokratische Widerstand in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zum kommunistischen Widerstand aufgrund der Spaltung der Gesellschaft im Kalten Krieg bereits früher erarbeitet wurde.

Zusätzlich zu diesem Schweigen sorgte auch die Generallinie der geringen Kommunikation unter den Beteiligten dafür, dass es nun schwer fällt, die Organisation der illegalen KPD zu rekonstruieren.

¹²⁸ Vgl. Stadtarchiv Mannheim, Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. S.309.

So führte die zentrale Organisation zu vielen den Widerstand unterstützenden Faktoren, sorgte jedoch gleichzeitig dafür, dass eine Verhaftung einer Führungsperson oft alle illegalen Aktivitäten im betroffenen Gebiet lahm legte, bis die Leitung von einer anderen Person übernommen wurde.

Durch den steigenden Druck des Systems und die enorm erhöhten Strafen – Ritz befand sich insgesamt etwa vier Jahre lang in Haft – fiel es ab etwa 1935 immer schwerer, gefangen genommene Funktionäre zu ersetzen. Somit war die beschriebene Generallinie sowohl Fluch als auch Segen für den kommunistischen Widerstand.

Unbestritten ist jedoch die Tatsache, dass ein gemeinsames Handeln der KPD und SPD den Widerstand gegen den Nationalsozialismus wesentlich effektiver machte. Aufgrund der Differenzen in der Vergangenheit, wie die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, und der Generallinie der Komintern, Sozialdemokraten als eine Form von Faschisten zu sehen, fand eine Zusammenarbeit jedoch nur selten statt. Wenn dies der Fall war, wie im Beispiel der Verteilung des Flugblatts „Schluss mit dem Terror“, organisiert von der Roten Hilfe, war die Wahrscheinlichkeit, dass die Aktion aufflog, geringer. So konnte die Rote Hilfe wohl auch in Karlsruhe bis 1945 weitergeführt werden, ohne dass deren Organisation von der Gestapo aufgedeckt werden konnte. Allerdings liegt der umgekehrte Fall, dass sich SPD und KPD gegenseitig Steine in den Weg legten häufiger vor. Ein Beispiel bietet der Fall Willi Stauch: Hier schienen sich er als Kommunist und sein Arbeitskollege Anselm, ein Sozialdemokrat, so lange gegenseitig provoziert, dass Anselm letztlich Stauch bei der Gestapo verriet. Solche Vorkommnisse waren sichtlich kontraproduktiv bezogen auf das Ziel, die nationalsozialistische Diktatur zu beenden.

Insgesamt befinden sich vor allem in der Darstellung der Organisation noch viele Lücken. So scheint es zum Beispiel über Durlach noch viel gering Erforschtes zu geben, das es sich lohnen würde, näher beleuchten zu werden. Daher bitten wir darum, sich nicht über Lücken zu ärgern, sondern sie als Anreiz aufzufassen, dem nachzugehen und mehr Ergebnisse über den kommunistischen Widerstand in Karlsruhe zu erlangen. Denn wir sind wohl die letzte Generation, die noch auf die Möglichkeit zurück greifen kann, Zeitzeugen über Geschehnisse während der Zeit des Nationalsozialismus zu befragen.

Quellenverzeichnis

- Flugblätter Kopie, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 507/210.
- Flugblatt „SA-Mann! NSBO-Arbeiter!“, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe O 1124.
- Flugblatt „Schluss mit dem Terror“, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe O 1129.
- Flugblatt „An alle Arbeiter und Werktätigen von Mittel- und Oberbaden!“, Landesarchiv Baden- Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe O 1130.
- Flugblatt „Aufruf! Werktätige Jugend in Stadt und Land!“, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe O 1131.
- Friedrich Dietz, Stadtarchiv Karlsruhe 8/STS 13/1122.
- Friedrich Dietz, Stadtarchiv Karlsruhe 8/STS 13/1123.
- Friedrich Dietz, Stadtarchiv Karlsruhe 8/STS 13/1124-1131.
- Friedrich Dietz, Stadtarchiv Karlsruhe 8/STS 13/1194-1197.
- Friedrich Dietz VVN-BdA/D 643.
- Gustav Ritz, Studienkreis Deutscher Widerstand AN 3296.
- Gustav Ritz, Studienkreis Deutscher Widerstand AN 3635.
- Gustav Ritz, Studienkreis Deutscher Widerstand CSS 3341.
- Mordfall Paul Billet, Prozessakte gegen Albert Haas, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 243/1350.
- Mordfall Paul Billet, Prozessakte gegen Albert Haas, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 243/1351.
- Mordfall Paul Billet, Prozessakte gegen Albert Haas, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 243/1352.
- Mordfall Paul Billet, Fotografie Paul Billet, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 243/1353.
- Mordfall Paul Billet, Handschriftliche Tatortskizze und Fotografien, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 243/1354.
- Mordfall Paul Billet, Abschriften der Befragung der Mitfahrer der Motorradstaffel, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 243/1355.
- Mordfall Paul Billet, Aktenübersicht Prozessakte gegen Albert Haas, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 243/1356.
- Mordfall Paul Billet, Unwesentliches und Kosten Prozess gegen Albert Haas, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 243/1357.
- Stadtjugendausschuss e.V. Karlsruhe, URL: http://www.ns-in-ka.de/uploads/media/widerstand_in_karlsruhe_kpd.pdf, 19.05.2016.
- Vereine in Karlsruhe und Veranstaltungen 1931 bis 1934, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 357/23774.
- Verhaftung Ludwig Deck, „Trotz alledem Rote Fahne“ Nummer 3, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 270/676.
- Verhaftung Erwin Heiler, „Trotz alledem Rote Fahne“ Nummer 2 und 4, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 270/694 und 270/695.

Verhaftung Wilhelm Käser und Josef Düringer, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 270/699.

Verhaftung Willi Stauch, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 270/728.

Verhaftung Wilhelm Belschner, „Trotz alledem Rote Fahne“ Nummer 12, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 270/759.

Wiedergutmachungsakten Friedrich Dietz, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 480/116,1.

Wiedergutmachungsakten Friedrich Dietz, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 480/116,2.

Wiedergutmachungsakten Friedrich Dietz, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 480/116,3.

Wiedergutmachungsakte Gustav Ritz, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 480/937 1.

Wiedergutmachungsakte Gustav Ritz, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 480/937 2.

Wiedergutmachungsakte Gustav Ritz, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 480/937 3.

Wiedergutmachungsakte Gustav Ritz, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe 480/937 4.

Literaturverzeichnis

Coppi, H., Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Troztkisten, Anarchisten und Zwangsarbeiter, Berlin 2012.

Dietz, E., Der Kreis schließt sich. Jahrzehnte des Friedens sind keine Garantie, Frankfurt am Main 1997, ergänzte Neuauflage 2006.

Derbent, T., Der deutsche kommunistische Widerstand 1933-1945, Frankfurt am Main 2011.

Erich, M., Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984.

Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas, Es war schwer, sehr schwer: Erlebnisberichte zu Verfolgung und Gewalt im Dritten Reich. 1993.

Glaeser, W., Unser die Zukunft. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe 1845-1952, Heilbronn 1991.

Krause- Schmitt, U., Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 – 1945. Baden-Württemberg Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart, Band 5, Frankfurt am Main 1991.

Schiffmann, D., Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz wissenschaftliche Darstellung und Materialien für den Unterricht, Mainz 2011.

Schmitt, H., Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715-1945, Band 7, 2. Auflage, Karlsruhe Stadtarchiv 1989.

Schuhladen-Krämer, J., Porträts des Widerstands aus Karlsruhe. VVN- Aktive der ersten Stunde, 2008 .

Schuhladen-Krämer, J., Liste inhaftierter Widerständler. Bezirksverwaltungsamt 54.

Stadt Karlsruhe Stadtarchiv, Karlsruhe. Die Stadtgeschichte, Karlsruhe 1998.

Stadtarchiv Mannheim (bearbeitet von J. Schadt), Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933-1940, Band 3, Stuttgart 1979.

Stadtjugendausschuss e.V. Karlsruhe, Nie wieder! Eine alternative Stadtrundfahrt auf den Spuren des dritten Reiches, Karlsruhe 1984.

Teske, F., Der Landkreis Karlsruhe in der NS-Zeit. Eine Studie zum gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Wandel am Beispiel der Gemeinden Berghausen, Jöhlingen, Linkenheim und Malsch, Ubstadt-Weiher 2003.

Anhang

Tatort Mordfall Paul Billet



129

¹²⁹ Aus GLA 243/1354.

SA-Mann ! NSBO-Arbeiter !

Du dachtest bisher, dass die NSBO-Kommissare in den Betrieben eingesetzt wurden, um die Rechte der Arbeiter, der Schaffenden zu wahren. Wenn das zutrifft, wer ist dann die "zuständige Stelle" für die Einsetzung des Kommissars ? Die Gesamtheit der Schaffenden des Betriebes, d.h. die Arbeiter und Angestellten, die Belegschaft !

Wer das behauptet, lügt ! !

Der Sachbearbeiter der NSDAP für Wirtschaftspolitik, Dr. Otto Wagener, hat vor wenigen Tagen eine Verfügung erlassen, in der es wörtlich heisst:

! "Bisher eigenmächtig (!) eingesetzte Kommissare müssen zurückgezogen werden, sofern nicht ihre Legitimierung durch die zuständigen Stellen (Achtung, jetzt aufpassen !) z.B.: durch den Aufsichtsrat, den Vorstand, die Geschäftsführung oder den Inhaber eines Unternehmens schriftlich und ausdrücklich erfolgt ist."

Die Arbeiter und Angestellten werden überhaupt nicht erwähnt, sie sind nicht "zuständig"! Zuständig sind die "Reifenden", die christlichen und jüdischen Aufsichtsräte, Dividendenschlucker, Ausbeuter. Hier steht kein Wort davon, dass der Arbeiter "vollberechtigtes Mitglied der Volksgemeinschaft" sein soll, das war nur der Köder, um euch zu fangen.

NSBO-Arbeiter, SA-Leute ! Wacht auf! Hitler schätzt den Kapitalismus, und wenn ein NSBO-Funktionär diesen Kurs nicht mitmachen will, wird er abgesetzt. Nur die KPD ist der Todfeind des kapitalistischen Systems. Nur die KPD kämpft für den Sozialismus.

KPD Karlsruhe

Schluss mit dem

Fettkarten-Schwindel !

Arbeiter, Wohlfahrtsempfänger !
Mehr als 3 Mark stiehlt euch Hitler jeden Monat durch die Fettsteuer !
50 Pfennig gibt er euch "grosszügig" zurück !

2 Pfund "verbilligtes" Fett reichen noch nicht einmal zum Brotaufstrich für eine Familie im Monat.

Und Öl ? Und Kochfett ? ?

< Nieder mit der volksfeindlichen Fettsteuer ! Ins Zuchthaus mit den Fettverteuern und Volksbetrügnern !

Nieder mit der Hitlerdiktatur !

Mir die Rotregierung der sozialistischen deutschen Arbeiter- und Bauernrepublik ! >

Hitler b e s t i e h t die
Ärmsten der Armen !

25 Pfennig Fettsteuer aufs Pfund !
Neuer Zoll auf Schmalz !
Milchpreis wird erhöht !
Eier sollen bis August 18 Pfg.kosten
Brot, Fleisch, Mehl, Teigwaren werden verteuert !

A b e r :

den R e i c h e n wird die Auto-
steuer erlassen ! !

Autos werden billiger !

Das ist Hitlers "Sozialismus" !

Das ist Hitlers "nationale Tat" !

Das ist Hitlers "Volksgemeinschaft"

Nur die KPD zeigt den Ausweg aus
Hunger und Not ! Kämpft mit der KPD!

Gustav Ritz



132

Friedrich Dietz

133

17. Juli 1953

Der

Der Name "GRITZNER"
durch einstweilige Verfügung
vorläufig untersagt

Arbeiter

Nr. 2

Betriebszeitung der Betriebsgruppen der KPD

Ich stelle mich vor mit meiner kleinen Tochter

Friedrich Dietz

Verantwortlicher Herausgeber dieser Betriebszeitung. Seit 1923 Mitglied der Gewerkschaft und aktiv in der deutschen Arbeiterbewegung.

**Ich kandidiere zur Wahl in den Bundestag im Wahlkreis
Karlsruhe-Stadt und auf der Landesliste der**

Kommunistischen Partei Deutschlands

¹³² Aus Studienkreis Deutscher Widerstand AN 3635.

¹³³ Aus Stadtarchiv Karlsruhe 8/STS 13/1124-1131.

Bewahrungsbüro

Wislau

Lebenslauf. Ritz

Aus 2. August 1905 wurde ich Gustav Ritz als ältester Sohn des Lageraufsehers bei der Reichsbahn, Gustav Alb. Ritz und der Elisabeth geb. Hill, in Linkenheim geboren. Mein Vater stammt aus Linkenheim die Mutter aus Eggenstein. Ich habe 9 lebende Geschwister, vier sind gestorben. Meine Tugenjahren verbrachte ich im Elternhaus. Vom 6. bis 14. Lebensjahr besuchte ich die Volksschule in Linkenheim und wirt an Ostern 1920 in der ev. Kirche meiner Heimat konfirmiert.

Vom 1. Mai 1920 bis 31. April 1923 erlernte ich im Reichsbahnarbeitsbegrüßungswerk Karlsruhe des Maschinenweschlosserhandwerk u. lernte nach beendeter Lehrzeit die Gesellenprüfung ab. Am 1. Sep. 1927 blieb ich noch bei der Reichsbahn, die letzten 2 Jahre als Stellwerksschlosser im Regbühf. Karlsruhe. Am 2. Januar 1928 wurde ich bei der Mag. Mittelbairischen Automobilgesellschaft in Karlsruhe Kaiseralle 162 als Volontär eingestellt. nach beendeter Volontärzeit wurde ich als Automechaniker bei derselben Firma weiter beschäftigt bis ich im Frühjahr 1929 meinen Austritt erklärte um eine Stellung als Chauffeur anzunehmen. Diese Stellung hatte ich nicht lange inne, als ich mich wieder der Auto-Rep. zuwandte. dies war im Mai 1929 bei Fa. Ehrfeld, Karlsruhe Rondellplatz. Im Frühjahr 1930 gab ich auch diese Stellung auf und nahm in meiner Heimatgemeinde eine Chauffeur

Stellung auf Lieferwagen an. Am 15. Oktober obigen Jahres wurde ich wegen Arbeitsmangel entlassen. 1933 gründete ich die Auto. Central Linkenheim Auto-Rep. u. Verkauf, ich erhielt die Untervertretung für M.A.N. - u. u. Lastkraftwagen. Ende 1934 kündigte ich von meiner Festnahme. gab ich das Geschäft auf. Am 1. Januar 1935 wurde ich festgenommen und am 27. Juni 1935 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt, am 27. Aug. dieses Jahres war diese Strafe verbüßt. Seit 30. November 1926 bin ich mit Caroline geb. Blüning verheiratet.

- Kinder:
1. Heinz Emil geb. 26. 4. 1926
 2. Karl Hermann " 16. 8. 1928
 3. Walter " geb. 12. 5. 1930
 4. Sonja " 30. 10. 1932
 5. Hermann " 10. 3. 1935.

Meine Familie wohnt in Linkenheim Kaiserstr. № 15, sie bezieht eine wöchentl. Unterstützung von RM 15.- Meine Eltern wohnen in Linkenheim Ringstr. № 28, nach meiner Entlassung beabsichtige ich wieder als Automechaniker zu arbeiten.

Geschrieben am 28. Oktober 1937.

Gustav Ritz

134

F. A. D. DIETZ
Journaliste
(17a) Karlsruhe/Baden
Gosslerstraße 17
Telefon 5327
U. S. A.-Zone

Lebenslauf

Friedrich Karl Hans Dietz, geb. 21.12.1909 in Mannheim.

Meine Jugend verlebte ich im Hause meiner Grosseltern in Karlsruhe. Von meinem Vater weiss ich sehr wenig. Seine Familie ist mir völlig unbekannt. Nach der Darstellung meiner Mutter wollte diese aus einem grossen Unabhängigkeitsbedürfnis heraus meinen Vater nicht heiraten. Mein Vormund weigerte sich, mich meinen natürlichen Eltern anzuvertrauen. Er betrachtete die Erziehung seines Enkels als ein gutes Geschäft, da mein Vater bei der Bestreitung meines Unterhalts sehr grosszügig war. Die Grosseltern erzogen mich in streng katholischen Geist. Schon in früher Jugend, etwa mit 12 Jahren, begann ich an den "Wahrheiten" zu zweifeln, die man mir zu Hause und in der Schule vermittelte. Ohne jede Anleitung und Führung verschaffte ich mir für mein Alter viel zu schwere religions- und geschichtsphilosophische Literatur. In dieser Zeit besuchte ich das Realgymnasium. Die starke Neigung zur Auseinandersetzung mit den Dingen der Umwelt, dem Ursprung der toten und lebenden Materie liess mich nur zu einem teilweise guten Schüler werden. Ich interessierte mich nur für die alten Sprachen, die Geschichten der Griechen und Römer. Durch die Inflation verloren meine Grosseltern und wahrscheinlich auch mein Vater ihr Vermögen. Mit der höheren Schule und dem beabsichtigten Universitätsstudium war es deshalb vorbei. Notgedrungen entschied ich mich für eine Handwerkslehre und trat als Buchdruckerlehrling in einen Betrieb in Leonberg/Württ. ein. Dort lernte ich nichts, wurde als Laufbursche und "Kammerdiener" meines Meisters und seiner Söhne bis aufs Blut ausgebeutet. Nach 2 Jahren Lehrzeit verliess ich auf eigene Faust diese Lehrstelle, übersiedelte auf Anraten der Handwerkskammer und meiner Fachgewerkschaft in Stuttgart nach Karlsruhe. Die Gewerkschaft vermittelte mir eine Lehrstelle zur Vervollendung meiner beruflichen Ausbildung.

Nach erfolgreich bestandener Gesellenprüfung begab ich mich 1928 auf die Wanderschaft. In der Schweiz nahm ich nach kurzer Zeit Verbindungen zu verschiedenen linksstehenden Zeitungen auf, und verpflichtete mich, ohne eine Ahnung davon zu haben, als Reporter in den Balkanstaaten tätig zu sein. In dieser Eigenschaft fuhr ich kreuz und quer durch die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Albanien und Italien. Während zwei Jahren schrieb ich gute und schlechte Berichte über die sozialen Zustände und die Lebensgewohnheiten in diesen Ländern. In Ungarn, Jugoslawien und Bulgarien machte ich Bekanntschaft mit antifaschistischen Kreisen. Die dortigen sozialen Verhältnisse erschütterten mich. Ich las die Schriften von Proudhon, Saint Simon, Rousseau, Marx, Engels, Lenin, Plechanow, Kautsky und vielen anderen. Bei meiner Rückkehr nach Deutschland Ende 1929 war ich ein ideologisch überzeugter Kommunist und vollzog meinen Eintritt in diese Partei, der ich auch heute noch angehöre. Es dauerte nicht lange, bis dass ich im Landesmasstabe in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung tätig wurde und später die Führung der Arbeitslosen im Kampf um ihre Rechte zu übernehmen. Im Jahre 1931 wurde ich unter der Anklage des Mordes an einem Nationalsozialisten verhaftet und vor das Schwurgericht Karlsruhe gestellt.

Das Gericht sprach mich frei. Von diesem Zeitpunkt an, gehörte ich zu den von den Nazis gehassten Männern! Der Prozess hatte mich in das Rampenlicht der Öffentlichkeit gestellt und ich trat in der Folge bis zur Verhaftung in der Reichstagsbrandnacht in unzähligen Versammlungen der KPD und ihrer Massenorganisationen auf.

Meine Verhaftung Ende Februar 1933 erfolgte in einer Wahlversammlung in Elchesheim/Kreis Rastatt. Die Landespolizei von Rastatt war durch das Ministerium des Innern mit der Verhaftung beauftragt. Während der Versammlung benachrichtigte man mich vom Reichstagsbrand. Sofort nahm ich dazu Stellung und erklärte, dass es sich hier um eine niederträchtige Provokation der Nazis handelt. Die nahm die Polizei zum Anlass, die Versammlung brutal auseinanderzuschlagen. In der gleichen Nacht wurde ich in das Festungsgefängnis Rastatt verbracht. Dort verbleibe ich bis zu meiner Überführung in das Konzentrationslager Heuberg am 29. Mai 1933. Es würde zu weit führen, wollte ich die Misshandlungen und das brutale Regime unter der berüchtigten Regie des Kommandanten Buck schildern. Es war eine Zeit der Prüfung, die mich in meiner politischen Anschauung nur noch bestärkte. Mein einziger Wunsch war: Raus und gegen die Bande mit allen Mitteln zu arbeiten, um ihren Sturz zu beschleunigen. Nach der Auflösung des Lagers am 21. Dezember 1933 überführte man mich mit meinen badischen Kameraden in das Konzentrationslager Kislau. Wie auf dem Heuberg, so bildeten wir auch hier Gruppen, um vor allen Dingen unsere politische Schulung zu vervollkommen und die politische Gemeinschaft gegen Spitzel zu sichern. Nachdem fast alle Reichs- und Landtagsabgeordneten in diesem Lager entlassen waren, beurlaubte man mich am 20. Juli 1934 nach Karlsruhe. Ich wurde unter Polizeiaufsicht gestellt und durfte die Stadt nicht verlassen. Regelmässig musste ich mich bei der Polizei melden. Arbeit konnte ich keine finden, da sich das Arbeitsamt weigerte, mich zu vermitteln, um zu verhindern, dass ich Kontakt mit vielen Menschen auf dem Arbeitsplatz erhalte. Ich war darüber nicht unglücklich, konnte ich doch so mich voll und ganz dem illegalen Kampf widmen. Eine Woche nach der Beurlaubung aus dem KI übernahm ich die Leitung der illegalen kommunistischen Bewegung in der Stadt Karlsruhe und kurze Zeit darauf in ganz Baden. Die Verbindung mit dem Ausland hatte ich schnell hergestellt und fuhr auch häufig illegal nach Frankreich und der Schweiz, um an Beratungen und Kongressen teilzunehmen. Im März 1935 verhaftete man mich erneut unter der Beschuldigung der Begünstigung bei einem Einbruchdiebstahl. In Wirklichkeit war das nur ein Vorwand. Kurz vorher war einer meiner engsten Mitarbeiter (Keck) wegen Zersetzung von SA und Polizei verhaftet worden. Gestapo und Generalstaatsanwaltschaft versuchten, mich der Haupttäterschaft zu überführen. Das tapfere Verhalten meines Freundes Keck, die Dummheit der Gestapo in diesem Fall und meine eigene Geschicklichkeit wirkten zusammen. Ich wurde wieder entlassen. Man machte mir dann scheinhalber den Prozess wegen Begünstigung bei einem Einbruchdiebstahl. Ich hatte es leicht, dem Gericht meine völlige Unbeteiligtheit an dieser Sache nachzuweisen, und man musste mich freisprechen. Nach diesem Ereignis verschwand ich in der völligen Illegalität. Wir hatten damals eine ziemlich grosse Parteiorganisation, gaben regelmässig Zeitungen und Flugblätter heraus und verteilten in sehtausenden von Exemplaren politisches Material, das wir aus dem Ausland einschmuggelten. Wir waren da, bemerkbar auch für die Bevölkerung, aber die Resonanz im Volke war gering. Es war dem Nazismus restlos verfallen. Anfang 1936 figurierte ich in nicht weniger als sieben Hoch- und Landesverratsprozessen als Hauptangeschuldigter. Der Ring schloss sich also immer enger. Meine Freunde im Ausland verlangten meine Emigration, um nicht noch

mehr gute Leute zu verlieren. In der Zwischenzeit gingen auch die Nazis daran den Billett-Mordprozess wieder aufzunehmen. Es war also höchste Zeit zu verschwinden.

Ich flüchtete mich in die Schweiz. Die dortigen Behörden gewährten mir nur einen Toleranzaufenthalt von sechs Monaten. Nach Ablauf dieser Zeit ging ich wieder in die Illegalität und übersiedelte von Zürich nach Genf. Keinen Augenblick habe ich in der Schweiz meine Tätigkeit gegen das Naziregime eingestellt. In Genf organisierte ich eine illegale Druckerei und gab die "Süddeutsche Volksstimme" heraus, welche illegal nach Deutschland verbracht wurde. Gleichzeitig wurde ich Mitglied der Sozialistischen Partei des Kanton Genf. Neben der Herausgabe zahlreicher Flugblätter für Deutschland arbeitete ich auch für die italienische Partei, sowie für meine Genfer Organisation. Bei Kriegsbeginn fusionierten die Genfer Sozialisten mit der KP Schweiz. Beide Organisationen wurden in der Folge verboten. Es drohte die Gefahr dass die verschiedenen ausländischen Widerstandsbewegungen ihre wichtigen schweizerischen Basen verlieren. Die Schweizerische Partei war von einem Tag zum andern ohne Organ. So gründete ich dann aus eigener Initiative die Zeitung "Etinella" und gab den verbotenen "Travail" heraus. Nebenbei arbeitete ich mit meiner Druckerei für eine Reihe von Widerstandsbewegungen. Zahlreiche Broschüren erschienen in meinem illegalen Verlag. Im Oktober 1941 wurde ich vom Nachrichtenchef einer faschistischen schweizerischen Organisation denunziert, nachdem dieser vorher die Deutschen von meinem Aufenthalt Kenntnis gegeben hatte. Die Genfer politische Polizei verhaftete mich. Ich wurde 1942 vor Bundesgericht gestellt und wegen kommunistischer Propaganda und illegalen Uatrieben zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Eine verlangte Auslieferung an Deutschland wurde durch meine sozialdemokratischen Freunde im schweizerischen Parlament verhindert. Nach dem Urteil überstellte man mich der Strafanstalt Witzwil, von da kam ich in das Zuchthaus Lenzburg und anschliessend in die Strafanstalt St. Johannsen bei Neu- châtel.

Im Februar 1945 wurde ich endgültig frei und - das Bild der Welt hatte sich inzwischen verändert - persona grata, mit der man sogar im Bundeshaus verhandelte. Während meiner Haft hatte die grosse demokratische Wochenzeitung "Die Nation" einen mutigen Kampf für meine Befreiung geführt. Nichts lag näher, als dass ich aussenpolitischer Mitarbeiter dieser Zeitung wurde. Nebenbei betätigte ich mich als Chefredakteur der Zeitung "Fries Deutschland" in der Schweiz. An der Universität Zürich war ich Hörer der philosophischen Fakultät, nachdem ich 1939 unter falschem Namen Hörer der gleichen Fakultät an der Genfer Universität war.

Anfang 1946 verfasste ich die photographierte Geschichte der Nazi- bewegung und ihrer Greuelthaten. Dieses Buch erschien im Verlan der "Nation" in deutscher und französischer Sprache. Die englische Ausgabe ist in Vorbereitung. Das Buch erschien unter dem Titel "Zum ewigen Gedenken". 1945 führte ich in meiner Zeitung "Die Nation" einen grossen Pressefeldzug gegen die "Fünfte Kolonne" in der Schweiz und veröffentlichte zahlreiches Material über die Naziumtierrebe während des Krieges in der Schweiz, und ihre Geldgeber. Auskunft darüber könnte Mister Dalles geben. Diese Kampagne zwang die schweizerischen Behörden, eine ganze Reihe der aktivsten deutschen Nazis auszuweisen und Massnahmen gegen ihre schweizerischen Helfershelfer zu ergreifen. Weiter schrieb ich aussenpolitische Leitartikel über China, Spanien, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, zur Aussenministerkonferenz in Paris und über die Verhältnisse in Deutschland nach der Kapitulation. Von 1945-1947 veröffentlichte ich cirka 200 ganzseitige Artikel und Reportagen über Fragen der Aussenpolitik, Kulturpolitik und geschicht-

liche Abhandlungen.

Nach mehreren kurzen Reisen in Deutschland Ende 1945 und Anfang 1946 übersiedelte ich endgültig am 25. Juli 1946 nach Deutschland. Ich bin hier tätig als Sonderkorrespondent einer Reihe schweizerischer Zeitungen und Verlage. Hier in Karlsruhe, an meiner früheren politischen Wirkungsstätte wurde ich zum 1. Vorsitzenden der KPD Kreis Karlsruhe gewählt. Gleichzeitig bin ich Mitglied des Bezirks- und Landesvorstandes der KPD.

Mit der Uebernahme des politischen Kabarett "Das Brennglas" habe ich die Absicht, die Kariikierung des Zeitgeschehens und der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in einer Form vor die breite Bevölkerung zu tragen, die sich wesentlich abheben soll vom billigen politischen Witz und einer politisch destruktiven Kritik und Satyre. Dabei schwebt mir als Vorbild das bekannte schweizerische Kabarett "Cornichon" vor. Das Volk soll sich in einem Spiegel sehen, der ein Bild hinterlässt, das zum Nachdenken anregt. In diesem Sinne bin ich überzeugt, zusammen mit meinen Mitarbeitern zu einer Umorientierung und Umerziehung des deutschen Volkes einen Teil beizutragen.

18. Mai 1947

Schluss mit dem Terror!

Seit zwei Jahren wütet in Deutschland der Terror der braunen Barbaren. Tausende der Besten des werktätigen Volkes, Vorkämpfer für ein freies Deutschland, Aufrechtgesinnte wurden ermordet. Hunderttausende in den Kerker und „Vernehmungsräumen“ der Gestapo und der SA auf das Unmenschlichste gefoltert und geschunden. Welt über Hunderttausend schmachten heute noch in den Konzentrationslagern und Gefängnissen Deutschlands. Darunter solche, die bereits im Februar/März des Jahres 1933 verhaftet wurden und denen man nicht das geringste zur Last zu legen vermag. Denen man weder eine Anklageschrift erteilt, noch überhaupt in der Lage war, einen Prozeß zu machen.

Frauen wurden als Gefangene verschleppt, mißhandelt, erpreßt, als Weibchen festgehalten. Kinder wurden verprügelt und zwangsweise in die Höllen der Erziehungsheime gesteckt, beschimpft und moralisch gedemütigt. Aufrechte Geisteskräfte, die die Gewissens- und Bekenntnisfreiheit verteidigten und für ihre Gesinnung geradestanden, warf man in Gefängnisse und Konzentrationslager.

Intellektuelle, wertvolle Mittelständler, Bauern, die zu Beginn der Herrschaft Hitlers diesem ehrlichen Vertrauen entgegenbrachten, sind erschüttert über das Maß der Grausamkeit und zynischen Brutalität, mit der das braune System nicht nur seine Gegner verfolgt, sondern auch in den eigenen Reihen durch blutigen Mord jede Kritik und Opposition niederhält, wie durch den 30. Juni 1934 der Welt ein schauderhaftes Beispiel gegeben wurde.

Dieser in der Weltgeschichte beispiellose Terror richtet sich gegen alle ohne Unterschied der Partei, der Weltanschauung oder des religiösen Bekenntnisses, die nicht bedingungslos dieses System des Wahnsinns unterstützen. Zwei Jahre Hitler haben Deutschland in ein einziges Nachthaus verwandelt.

Gleich ist das Schicksal der Erschlagenen und Hingerichteten von John Scheer und Steinfurt bis zu den Katholikenführern Klausner und Probst. Gleich ist das Schicksal all derer, die in den Konzentrationslagern und Buchtürmen geschunden und gemartert werden. Gleich ist die Not und die Verzweiflung aller Angehörigen der Ermordeten und Eingekerkerten. Ihre Frauen und Kinder, ihre Angehörigen sind ständig dem Dreck der Menschenjäger, der Gestapo, ausgesetzt. Sie leiden bitterste Not. Des Ernährers beraubt, die Unterstützung entzogen, den Schwärmen und Demütigungen der Gestapo ausgesetzt, sind sie einsig und allein angewiesen auf die Solidarität all derer, die Gegner des braunen Terror-Systems sind.

Wir denken bei uns in Baden immer an den Fall des sozialdemokratischen Staatsrates Wurum, den man im Konzentrationslager Kislau nach den unmenschlichsten Quälereien zum „Selbstmord“ getrieben hat. Wir denken an den kommunistischen Landtagsabgeordneten Voening, dem man in der Haft einen Arm zerschlug und dann zu hoher Buchtürmstrafe verurteilte. Wir denken an den aufrechten katholischen Pfarrer aus Steffen im Westental, der wegen seines mutigen Bekenntnisses zur Gewissensfreiheit für mehrere Monate in den Kerker gehen mußte.

Die Rote Hilfe Deutschlands, Bezirk Süd- und Mittelbaden, und die Sozialdemokratische Partei, Bezirk Süd- und Mittelbaden, haben in gemeinsamen Besprechungen die Lage geprüft und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die Hilfe für die Opfer des braunen Terrors, ohne Unterschied der Partei- oder Weltanschauung, die dringende Aufgabe ist, daß der Kampf um die Erleichterung der Lage der Eingekerkerten sowie deren Familien, der Kampf um ihre Freilassung nur dann erfolgreich geführt werden kann, wenn es gelingt, alle Nichtfaschisten zu einem einheitlichen Handeln zusammenzufassen.

Sie rufen daher gemeinsam alle Gegner des Systems und alle die, die bereit sind, die Not der Verfolgten zu lindern, um ihren Familien zu helfen, auf, sich der großen, allumfassenden Hilfsorganisation für die Opfer des faschistischen Terrors anzuschließen, in allen Orten, in den Organisationen und Betrieben gemeinsame Hilfskomitees zu bilden, sich in Spendertreffen zusammenzuschließen und Patenschaften für Gefangene, für Familien Gefangener und Ermordeter zu übernehmen.

Sie rufen gemeinsam auf, dem Wüten des Terrors, den Folterungen und Mißhandlungen, den Morden und Hinrichtungen durch geschlossenes Auftreten ein Ende zu bereiten und die furchtbare Lage der Gefangenen in den Konzentrationslagern und Buchtürmen zu ändern.

Die Erfüllung dieser Aufgaben ist eine der vornehmsten Pflichten gegenüber den heldenhaften Kämpfern, die um ihrer Ueberzeugung willen leiden. Sie ist aber auch gleichzeitig eines der wirksamsten Mittel für die Stärkung und Verbreiterung der Kampffront gegen das barbarische faschistische System. Unsere Kämpfer, die täglich bereit sind, ihr Leben für ein freies Deutschland in die Schanze zu schlagen, sollen die Gewißheit haben, daß alle die Millionen, die innerlich gegen das Blutsystem des Faschismus sind, zu ihnen stehen und bereit sind, mitzuwirken und zu helfen.

Wir sind überzeugt, daß dieser unser Appell an die Solidarität mit allen Opfern des faschistischen Blutregimes von allen Nichtfaschisten auf das freudigste begrüßt wird und daß es uns gelingen wird, eine breite Massenfront des Schutzes und der Hilfe aufzurichten und die Bereitschaft zum Kampf für die Beseitigung dieses Systems zu wecken. Millionenfach muß den Volksbetrügnern und Senker der Ruf in die Ohren gellen:

Heraus mit allen eingekerkerten antifaschistischen Gefangenen! Schluss mit den Morden und Hinrichtungen!

Beweist durch gemeinsames Handeln, daß die Solidarität mit den heldenhaften Kämpfern und ihren Familien in euch lebendig ist!

Freiburg, i. Br., im Januar 1935.

- Rote Hilfe Deutschlands,
- Bezirksleitung Süd- und Mittelbaden,
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
- Bezirksleitung Süd- und Mittelbaden,
- Roter Schutzbund, Brigade Karl Liebknecht, Baden.

aus 2/10/65
Original 68
HI / C 36

TROTZ ALLEDDEM ROTE FAHNE KAPLERUNE

1. Jahrgang

Nr. 4

Denkmal der Grauelpropaganda & Boykottbewegung gegen das Reich.

Aus der Pariser, Londoner, Bri-
del u. s. w. Presse erfahren wir, dass die
Stärke der Grauelpropaganda, soweit man
in Deutschland die Nichtwiederhergabe
des antisemitischen Boykotts befrachtet
hat, eine Illusion ist, die derzeit behauptet,
dass man dem deutschen Publikum die ent-
sprechende Presse verweigert. Während
vor dem Weimarerboykott fast nur die
unabhängige Linkspresse verboten war,
verwehrt man heute auch der bürgerli-
chen Presse z. B. den Journal des Debates
den Revue Socialiste u. s. w. den Verkauf in
Deutschland, gut dass es auch andere Ver-
ge gibt, auf denen diese verbotenen Pres-
sen in unsere Hände gelangen!

Der Weimarerboykott streicht uns
mit einer Niederlage des 3. Reichs. Er
deckt seinen Blick auf die ordentlich-
berichten über den Abfluss der Grauel-
propaganda & Boykotts. Die hitlerische
Propaganda in Auslands hat trotz allen
Beschränkungen keinen Wert, dagegen ist die
antihitlerische Bewegung, in vollen Zu-
nehmen; die Regierung wagt aber nicht
die Konsequenzen daraus zu ziehen und
.....flunkert----Siegreich wollen wir
Jude schlagen.

Hannsen verurteilt:

Der Oberstaatsanwalt Adolf Hitler, Hann-
sen, wurde Promisire, unweit von Berlin in
einem Waldstück erschoten aufgefunden.
Der Mann der in Wirklichkeit Stein-
schneider hieß und jüdischer Abkunft

verurteilt war, hatte seinen Na-
men in dem weitläufigen Erik Jan
Hannsen aufgenommen, um die Hit-
lerkampagne geschäftlich zu
auszunutzen. Er gab eine patrioti-
sche Wochenzeitschrift heraus, in der,
aus dem Sternentwurf, etc. und
durch skrupellose Werbung für die
Jagd Hitler und seine Leibgarde
die Hochverratstimmung des ober-
deutschen Spielfeldes, etc. ge-
schickt zu steigern verstand. Die
Hannsenzeitung seines Scheiterns
denn ist ein Meistwerk für die
Kampfbewegung jener Partei, die
von den kapitalistischen Klump-
fuchtern nur Kampf gegen den
„Korrupten Kulturvolkschwa-
nne“ drohen wird.

Die Mörder Hannsens wird man
wohl nicht auffindig machen. Der
es einer von der Stern-überkon-
kurrenz, die pilsartig aus der Kr-
de geschossen sind, nachdem sich
weigerte, die einträglich die Spe-
kulation auf dem Abgang des
Gunde der Fichter und Danker ist
oder hat der „Halle der Hannsen“
zu tief in den Sumpf der Hei-
korraption hineingelauscht und
zu hohe Schweißgelder verlangt,
so dass man ihn jetzt, nach der
Krechergrüfung als überflüssi-
gen und unbegabten Arbeiter
abgeworfen hat, um ihn der
Reichs-„abstiftung“ von der
Halle der Hannsen zu befreien
zu will.

So sieht die von den Nazis vor dem Bolschewismus
gerettete „westliche Kultur aus“

Hau! Hau!



Herr Geheimrat räuspert zur Verdrossung
Und raucht seine gute Brasil,
Die Gaidige liest zur Erbauung
Alkrems mit viel Gefühl.
Selbst Pöschgen antwortet nicht die Stille
Und träumt von Entlassungsskar --
Diese rührend schöne Idylle
Dauert nur solange die Kultur.....

Aus Lorn wird berichtet, dass dort ein
alter Mann der früher einmal Kaiser in
Ehren gewesen sein soll, sich in einem
Anfall von Schmerz des Leben weihen
wollte, weil heute nicht sein.....
sondern Adolf Hitlers Geburtstag gefeiert
wird.

Aus Karlsruhe.

Merkt ja was?

Die von Collocatus angekündigte Maye
„Merkt Du was?“ soll, wie unser Son-
derberichterstatter erfährt, verboten
werden sein, da die Regierung es
nicht dulden kann, dass einer ihrer
Mitglieder etwas merkt.

Außen in Wirklichkeit:

Betriebsstilllegung:

Waldorf: Die Siggarronferik-Heilm
& Söhne hat mangeld Absetzen ihren
hiesigen Betrieb geschlossen, wo-
durch über 100 Arbeiter arbeits-
los werden.

Solange die Betriebe nicht restruc-
turisiert werden, werden die Unt-
nehmer stets ihre Arbeiter auf die
Straße setzen, da sie ja nicht an
Hängertische neigen brauchen.

Dies nennt man aber im Volks-
mund die Ankerlegung der Wirtschaft.

Südostdeutscher Eisenmarkt:

Die Geschäfte an Weisenmarkt in
den Eisenmärkten, immer noch nicht
den in diese Zeit gewohnten Markt.

Die erste Frucht der italienischen faschistischen Politik der Freundschaft mit den Russen, ist der Japert der italienischen Konzernbeteiligung durch die S.A. - Die sind an allen Strassencken mit ihren Bettelwägen klappern, diese einen Abbrüder italienischer Seite.
 Der jüdischen Weltorganisation, 1933 dass orientalische betreibt. Unterwerfen einen nordischen Erbrochenung gegen die jüdischen Brücken.

Der verjudete Rheinwall

14 Jahre Republik lassen ihre Spuren der 2. Restauration nicht nur in deutschen sondern auch Schreck! auch in der deutschen Landschaft zurück. Für einen Spätergang durch den Wald bei Kuppenwerth unternimmt, steht den Massen lang unter den Eindruck, „jüdischen Knoblauchgeruch“. Nach 14 Jahren Demokratie per Gen unter deutschen Riechen an deutschen Rhein, seitige hebräische Knoblauchwiesen.
 Wird man zur Entfernung dieser „Kulturachse“ einen 4 Jahresplan benötigen, oder wird man den „Knoblich“ durch ein Sofortprogramm an der „Ursel fassen“.
 Der Jude ist keinen Boden mehr in Gersteinen.

Genet und das 3. Reich!

Wie hat der „Führer“ die seiner gegen die „jüdischen Konkordatspolitik“ des schwarz-roten Sys erm. Die nationale Revolution wird den Konkordatschreiber ein rasches Ende bereiten, nicht es.
 Heute führt der „Offizielle“ Deutschland zu Ostern nach der Villa Vaticana der päpstlichen Geheimkammerer von Toppensitz in der nationalen Regierung und schließt der Marie ein Kontrakt vor, das alle bisherigen Konkordate zusammenfassen wird und sozusagen ratifizieren soll.
 Das 14 Jahre schwere roter Koalition nicht zustande brachten, erledigt sich in 3. Reich in Handumdrehen. - Genosse ist ja 1933 per Auto so bequem zu erreichen.

4 000 Arbeiter in Hungerstreik!

Zu Tomeskov bei Ledz stehen 4000 Arbeiter in Streik gegen Lohnabbau. Die Streikenden haben sogar über Korridore die Fabrik nicht verlassen und verweigern Nahrung zu sich zunehmen. Die Frauen der Streikenden demonstrieren für ihre Männer. Der Streik wird bis zur Zurücknahme des Lohnabbaus durchgeführt werden. ---
 In Polen wird nicht mehr „Kuhhandel!“

Leon Ring macht in der Welt seiner Kritik, Kennzeichen Opportunismus. Die 2. Internationale macht in Frankreich die rechten Ideen auf. Bei einer der Industrieindustrie, die den den dagegen. Der vielen kann das „Kommunisten“ ein Radikalität der Illusionen, dem anderen Bescheidenheit und Realpolitik.
 Wenn das ganze auf gibt den revolutionären Drängen der Massen dadurch nach, indem ihre Unzufriedenheit auf das totale Gleich der linken Filiale gelenkt wird.

In Deutschland: S.A.P. wird gegen die Tolerierungspolitik, wir stehen in Opposition! diejenigen, an französischen Arbeiter die sich auf ihre revolutionäre Rolle besinnen, werden sowohl, wie die deutschen Arbeiter sich durch solche linke Manöver bluffen lassen, von ihren richtigen Weg ablenken. Die Massen werden an der linken Filiale der Sozialdemokratie vorbei, den Weg zur kommunistischen Partei finden.

S.A. Parade.

Der General-Anzeiger schreibt in seinem Bericht von baden-württembergischen S.A. Treffen in Baden-Baden, „Wenn in Kommunist unter den Zuschauern gewesen sein sollte, so werden ihr wohl alle Hoffnungen vergangen sein, beim Anblick der Disziplin der S.A.“
 Das prächtigsten Kaiserparaden haben Wilhelm den Devongeläufen nicht vor den Holzstocken bewahrt.

Jüdisches Kapital arbeitet mit deutschen Angestellten

Nach Kerstrat hat nun auch R. Mosse seine angestellten organisiert. Der arme jüdische Angestellte ist dabei der Masse und geht über aus. Lehr über geht auch der S.A. Mann aus, der glaubt, man geht auf jüdische raffende Kapital.

Dies können die S.A. und S.S. Leute nur in der kommunistischen Partei die das Grosskapital bekämpft.

Liebknechtshaus: befindet sich ein staatliches Büro zur Bekämpfung des Bolschewismus. Dieses Büro hat die ganze deutsche Presse zu seiner Verfügung. Mit Recht bringt man die in regelmäßigen Abständen in fast allen Zeitungen gleichzeitig erscheinende Artikel über Russland in Zusammenhang mit diesem Büro. Es ist allen auffällig, dass innerhalb von 2 Tagen im Führer, im Badischen Beobachter, in der Frankfurter Zeitung, im Berliner Tageblatt u. s. w. u. s. w. der inhaltlich und formell fast identische Artikel über die Lage in Russland erscheint. Die Verfasser sind alle von Berlin! Man sieht wie plump man im Liebknechtshaus (Horst-Wesselhaus) arbeitet. In diesem Artikel befließigt man sich zum Teil einer scheinbar objektiven Schreibweise, um die Absurditäten des Spiegels mit einem Schleier seriöser Journalistik zu verhüllen. Man versucht Zweifel zu erwecken an allen, man konstruiert Bauernfragen und spricht von bevorstehenden Zusammenbruch des Marxismus in Russland. -- Wenn man in Betracht zieht dass Blätter wie die Frankfurter Ztg. und das Berliner Tageblatt, die sich früher einer gewissen bürgerlichen Objektivität befließigten, heute denselben Jargon veröffentlichen wie der „Führer“ dann wird der Unbefangenste darauf kommen, dass all diese zu gleichem Artikel von derselben zentralen Stelle ausgehen, nämlich dem Ex-Liebknechtshaus -- alias Horst-Wesselhaus.

Mandschurisch-Japanisches Regiment
neutert !!!

An der ostchinesischen Bahn in der Mandschurei neuterte ein Infanterieregiment. Bei der Entwaffnung durch „treue“ Truppen gab es 24 Todesopfer an Offizieren und Mannschaft. Die Neuterei wird auf kommunistische Zersetzung zurückgeführt. Klar! Sozialdemokraten neutern auch in Japan nicht; die japanische Sozialdemokratie erlebt doch ihr 1914!!

Es wird nicht lange dauern, dann gibt es ein Kaiserreich weniger! Axmer Mikado, wende dich rechtzeitig an das 3. Reich um ein Asyl! In Deutschland besteht Nachfrage nach fürstlichen Sozialisten!!

Arbeitsbeschaffung: In Leverkusen hat sich ein Technikerflüchtling, der seine Lehrstelle verloren hatte, bereit erklärt, im Interesse seiner weiteren Ausbildung ohne Lohn weiter zu arbeiten. Das Arbeitsamt hatte nichts dagegen. Dagegen hat es ihm gleichzeitig die Arbeitslosenunterstützung gestrichen mit der Begründung, dass er ja jetzt Arbeit habe. Schon wieder ein Mann weniger bei den Arbeitslosen zu registrieren, auch ein Werk des grossen Adolf!

Diplomatschub London-Moskau.

Die Beziehungen Deutschlands zu London und Moskau haben sich in konstanter Gleichnässigkeit inner mehr verschlechtert. Dem 3. Reich muss noch beigebracht werden, dass man ohne Kanonen eben nur eines machen kann: nämlich Maul halten und kuscheln. Mit der Uniform allein und wenn sie noch so braun ist -- lässt sich das Ausland nicht imponieren, zudem der Potsdamer Geist nasser in Deutschland nirgends beliebt ist.

Man hat „unsere“ Regierung noch anfknglichen zahnlosen Gekreiseln vom Wiederaufstieg Deutschlands doch eingesehen, dass man mit den anderen leben muss. Wie wichtig man es damit meint wieder lieb Kind zu werden bei den Großmächten in Ost & West, ersieht man daran, daß man Nadeolny nach Moskau schicken will und Neurath nach London. Der langjährige bewährte Moskauer Vertreter Deutschlands von Dirksen geht nach Tokio.

Mit diesem Personenwechsel wird aber nichts gutes sein. Mit Potsdam schiebt der geschickteste Diplomat keine Reklame, zumal nur Uniformen und Illusionen dahinter stehen.

Bomben über Peking.

Japanische Flugzeugesquadern bombardierten zur Vorbereitung des weiteren Vorrückens nach dem Süden die Stadt Peking. Die Chinesische nationale Kuomintang-Regierung hat angeordnet, Peking und Tiensin kampflos zu räumen. Die Entwicklung in China wird bald dahin führen, daß das nationale chinesische Bürgertum offen auf die Seite Japans tritt. Denn wird der Zeitpunkt für eine revolutionäre antiimperialistische Kriegsführung gekommen sein. Denn wird eine vormarschierende rote Arbeiter und Bauernarmee den „Christlichen“ und „buddhistischen“ Ausbeuter in den Konzessionsvierteln von Shanghai, Tiensin u. s. w. ein in unserer „zivilisierten“ Welt viel bewundertes Ende berechnen.

Korruption, Korruption!

So schreibt die gesamte Nazi-Propagandapresse Tag für Tag in selbigen Schließzeilen. Die Nazis haben entdeckt, daß von letzten Nachtwächter bis zum Großbankier und Minister, alle, die nicht von ihrer Seite waren, lauter Parasiten und Sklerotika sind. Ihre ganze Propagandastärke, soweit noch, neben dem handhücker den Pöckelkätzchen, der Behandlung der Plagenfrage und sonstigen Unbesehrungen für das Volk, besteht in Aufdecken und Ausmistung des novemberlichen Korruptionsstalles. Man wirft das „verhorrigen System“ vor, welches die Korruption nicht nur geduldet, sondern mit allen Mitteln begünstigt habe. Wer ein Fall gar zu sehr an die Öffentlichkeit gedrungen, so wurde er zum Schein untersucht, dabei aber soviel wie möglich vertuscht. Man ganz unsere Meinung. Wie sieht es aber in dieser Hinsicht mit dem „neuen System“ aus? Wie sieht es mit dem Prill Lehmann aus, die Nazis sind und den persönlichen Rechtsvertreter Hitlers, Frank Z., als Verteidiger haben? Er wurde auf unbestimmte Zeit verhaftet. Dem Kieselkandl mit der Osthilfe hat man untersucht und kann keine Schuld finden, denn die adligen und fürstlichen Großgrundbesitzer und Schieber gehören doch zum „neuen System“ und müssen geschont werden. Gertrude ist unschuldig, sein Privatsekretär hat alles gemacht, Kreuger, der Prorektors und Geldgeber der Nazis, nur auch kein Novemberverbrecher und noch nicht ein Jude und wurde deshalb noch wochenlang nach Aufdeckung seiner Missgunstereien von der Nazi-Propaganda verteidigt. Das sind nur einige Fälle herausgegriffen. Wenn man die Geschichte der K.S.D. u. P. etwas näher vornimmt, so zeigt sich, daß sie nur auf Schwindel, Betrug und Korruption aufgebaut ist. Wir können also vor „alten“, wie vor „neuen“ System feststellen, „daß der Rabbi und der Mönch, daß sie alle beide stinken“.

Wir Kommunisten sind für rücksichtsloses Aufräumen mit jeder Korruption. Wir wissen aber auch, daß die Korruption so fest mit dem kapitalistischen System verbunden ist, wie Krieg, Not und Elend der breiten Massen, Prostitution u. s. w. und nur mit diesem verschwinden wird. Die „nationale Revolution“ der Nazis aber, wird dem Kapitalismus kein Haar krümmen. Sie begnügt sich mit der Ablösung der sozialdemokratischen und sonstigen Geschäftsführer des Kapitalismus in den Regierungen durch Nazis. Bei jeder Gelegenheit betonen diese „neuen Männer“, daß sie die Geschäfte des Kapitals viel besser als die anderen besorgen können. Wir Kommunisten werden keinen Austausch der Minister vornehmen, sondern den ganzen kapitalistischen Staatsapparat erschlagen und durch die Diktatur des Proletariats ersetzen. Der deshalb gegen Korruption, Mangel u. Elend, Sklaverei und Unterdrückung ist, der Kampf mit uns für die Beseitigung des kapitalistischen Systems und für den Aufbau des Sozialismus in einem freien Sowjet-Deutschland.

Stimmungsbericht aus den Reihen der S.A. und S.S.

Unser Mitarbeiter aus der S.S. gibt uns folgenden politischen Stimmungsbericht: Bei einem grossen Teil der S.A. und S.S. herrscht eine berechtigte Empörung über die Korruption Görings und Papens. Zunächst über den kaiserlich-königlichen Empörung Görings durch den italienischen Luftfahrtsminister Balbo der ein Jude ist.

Weiter durch die Auditionen beim Papst, der nacheinander Herr v. Papen und Göring empfangt. Die Kameraden der S.A. und S.S. machen sich darüber lehrhafte Gedanken. Sie sind der Ansicht, dass mit der Korruption die erste offene Verleumdung (erst) des nationalsozialistischen Programms eingetreten sei. Eine unsere Forderung wird oft artiert, das ist die Sozialisierung der Bergwerke und der Schlüsselindustrie, wie sie bisher im Programm der N.S.D.A. F. gestanden hat und Hitler auch in seinen Agitationen den deutschen Arbeiterschaft versprochen hat. Die übrigen, proletarischen Kameraden der S.A. und S.S. fragen allmählich an darüber nachzudenken, ob die Versprechungen der N.S.D. u. P. erfüllt werden, für die sie jahrelang gekämpft haben. Aber sie sehen alle Tage mehr, dass die „nationale Revolution“ nichts anderes war, als eine Rettung des kapitalistischen Systems vor dem Kommunismus.

Soweit der Bericht unseres Mitarbeiters aus der S.S. Er wird laufend die rote Fahne über die politische Stimmung der S.A. und S.S. unterrichten. Uns aber steht die Aufgabe zu, den irreführenden S.A. und S.S. Kameraden die Augen zu öffnen und sie als Kämpfer für die proletarische Revolution zu gewinnen.